recherche output #7

Informationsblatt zur extremen Rechten in der Region Frankfurt (Oder)

Herbst 2014

Editorial

Liebe Leser*innen,

in dieser aktuellen Ausgabe unserer Recherchebroschüre werden wir uns nicht wie gewohnt mit offenen und meist leicht erkennbaren Neonazistrukturen befassen. Aus aktuellem Anlass widmen wir uns dieses Mal speziell dem Rassismus aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft.
Kaum jemandem ist die Debatte entgangen, die sich im Sommer um den Frankfurter Lenné-Park entspann. Überraschend war die Wucht, mit welcher sich rassistisches Gedankengut in erster Linie auf Kosten geflüchteter Menschen Bahn brechen konnte.
Mit der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) trat vor einigen Monaten zudem ein neuer rechtspopulistischer Akteur auf den Plan, der bei den Wahlen in den vergangenen Monaten immense Erfolge in der Region Frankfurt (Oder) für sich verbuchen konnte.
Wir möchte mit unseren vorliegenden Analysen auf die Wechselwirkungen zwischen dem rassistischen Mob und der AfD aufmerksam machen. Es wird uns einerseits darum gehen zu zeigen, welche rassistische Qualität und Radikalität hinter dem Diskurs um Kriminalität und Geflüchtete in Frankfurt (Oder) steckt, andererseits wollen wir uns genauer ansehen, mit welchen rechten Positionen und Aktivitäten die AfD in Frankfurt (Oder) konkret agiert.

Darüber hinaus richten wir unseren Blick auf die Beteiligung Brandenburger Neonazis bei den HoGeSa-Demonstrationen. Aus gegebenen Anlass veröffentlichen wir unter der Kategorie „Wer war nochmal...?“ eine aktualisierte Version des Artikels über Rocco Kilz aus dem recherche output # 4.

Über Anregungen und Hinweise sind wir Ihnen dankbar. Besuchen Sie auch unsere Website: http://recherchegruppe.wordpress.com/

Eure antifaschistische recherchegruppe frankfurt (Oder)

„Unser Rückschlag wird kommen“ - Analyse einer rassistisch aufgeladenen Debatte um Kriminalität und Geflüchtete

Angefangen hatte alles mit einem Artikel in der Frankfurter Märkischen-Oder-Zeitung vom 25. August dieses Jahres, in dem von einer akuten Drogen- und Kriminalitätsproblematik im hiesigen Lenné-Park die Rede war[1]. In ihm wurde von „Schwarzen“ gesprochen, die Drogen verkaufen - die Grundlage für die Debatte, die sich daraufhin in den Medien und der Politik entwickelte. Die Mär vom „kriminellen Ausländer“ nahm ihren Lauf. Schnell war für die Mehrheit das Feindbild klar: Asylsuchende, „Nicht-Deutsche“ verkaufen in der Stadt Drogen, belästigen Passant*innen und verüben weitere Straftaten. So titelte der Oderlandspiegel am 28.08.2014 „Wenn die Sonne gesunken ist, erwacht die Angst im Lennépark“[2]. Dass es sich bei den Behauptungen um Gerüchte handelt, spielte in der aufgeheizten Diskussion keine Rolle.

Was sich daraufhin seit Mitte August vor allem in den Sozialen Medien entlädt, ist purer Rassismus. Die angeblichen Opfer werden wieder zu Täter*innen, und schon ist von Gaskammern[3] die Rede, von „Asylanten“[4], die sich nicht zu benehmen wissen, und davon, dass man sich nichts mehr gefallen lassen wolle und es nun an der Zeit sei, die Sache selbst in die Hand zu nehmen[5]. Endlich darf der deutsche Mob wieder das sagen, was er denkt. Und was er denkt, ist schlichtweg menschenverachtend.

Die Plattformen der rassistischen Hetze und ihre Akteure

Die rassistische Hetze findet vor allem online statt: die häufig frequentierten Facebook-Seiten „Brandenburg wehrt sich“[6] (3.727 Gefällt-mir-Angaben, Stand 18.10.2014]) „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“[7] (4.051 Gefällt-mir-Angaben, Stand 18.10.2014), „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“[8] (nicht mehr existent bei Redaktionsschluss), „Nationale Weisse Hoffnung2.0“[9] (152 Gefällt-mir-Angaben, Stand 18.10.2014) und die Facebookseite des Stadtverbandes Alternative für Deutschland Frankfurt (Oder) (AfD)[10] (205 Gefällt-mir-Angaben, Stand 18.10.2014) sind ein Tummelplatz für Menschen mit rassistischer

Ressentiments, die auch vor Mordaufrufen gegen Asylsuchende nicht zurückschrecken.

Die Facebookseite „Brandenburg wehrt sich“[11] existierte seit Mitte Juli 2014[12]. Sie ist angelehnt an die von der NPD initiierten Seiten „Nein zum Heim“[13] und nutzt den NPD-Sprech. Sie präsentiert die NPD als Lösung und einzig wahre Alternative. Die Betreiber geben sich als Anwält*innen der besorgten Bürger*innen aus und als Ansprechpartner*innen für deren Ängste und Sorgen.
Zunächst wurde noch implizit durch Verlinkung von Artikeln und Aufgreifen von Forderungen der NPD für die neonazistische Partei Werbung gemacht[14]. Doch je näher die Landtagswahlen kamen, desto mehr wurde direkt für die NPD geworben. Zur AfD, bei der wohl klar sein dürfte, dass sie zum Teil im gleichen Becken fischt, wurde Distanz aufgebaut. So versuchten die Betreiber*innen der Seite ganz im Sinne der NPD die AfD als „Systempartei“ zu diffamieren und einen unliebsamen Konkurrenten das Wasser abzugraben[15]. Schlussendlich sprachen die Betreiber der Seite kurz vor der Wahl eine Wahlempfehlung für die NPD aus[16].

Die Facebook-Seite „Blaulichtreport Frankfurt/ Oder“[17] existiert seit Ende Juli 2013[18] und ist ähnlichen Seiten aus dem gesamten Bundesgebiet nachempfunden[19]. Sie bedient sich vorwiegend einer „Law and Order“-Rhetorik, bietet Raum für Ängste und Vorurteile und schürt diese. Hobby-Kriminalist*innen und Scharfmacher*innen tummeln sich hier.

Der Betreiber der Facebook-Seite „Blaulichtreport Frankfurt/ Oder“ auf einer AfD-Kundgebung am 6. September 2014 in Frankfurt (Oder). (Foto: pressedienst frankfurt (oder))

Da ist der Schritt zur Bürgerwehr nicht mehr weit. Als Konsequenz aus den Diskussionen auf den anderen Plattformen gründete sich im August diesen Jahres[20] die Facebook-Gruppe „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“[21]. Dies geschah aus dem Wunsch heraus, die Pogromstimmung im Netz nun endlich auch auf die Straße zu tragen.

Auch auf der Facebook-Seite „Nationale Weisse Hoffnung2.0“[22], deren Betreiber der Neonazi Peer Koss ist, wird bezugnehmend auf die Debatte rassistisch und menschenverachtend gehetzt. Dies führte zu einer zeitweiligen Sperrung dieser Seite. Dass Peer Koss diese Seite betreibt, lässt sich durch einen Beitrag vom 05.09.2014 belegen. Hier ist er sowohl auf dem Screenshot als Betreiber zu erkennen, und auch seine Aussage „Das ist der Grund der Anzeige und der Sperrung. Ich hab noch spass.“[22], deutet darauf hin. Peer Koss hat die Seite gegründet, um für eine „White Power“-Demonstrationen zu mobilisieren.

Die AfD im Allgemeinen und deren Stadtverband Frankfurt (Oder) im Besonderen versuchen die entstandene aufgeheizte Stimmung zu ihrem Vorteil zu nutzen.

Über ihre Medienpräsenzen tritt die AfD seit Wochen in regen Austausch mit jenen, die ihrem Hass auf Geflüchtete freien Lauf lassen. Abfällige Äußerungen über „Asylanten“[24], dass Asylbewerber*innen „sozialer Sprengstoff“ seien, der in der Stadt angesiedelt werde[25], stehen neben Aufrufen zu Gewalt gegen Geflüchtete, von denen sich die AfD nur halbherzig distanziert: „Aber Gewalt ist halt auch keine Lösung. Denn was passiert, die Medien würden aufschreien, und schon würde Frankfurt massiv an Image verlieren. Verlierer wären wir alle.“[26]. Der Imageverlust der Stadt - das ist das, was die AfD vermeiden will.
Zudem hat die AfD keine Berührungsängste mit aktiven Frankfurter Neonazis, wie etwa Mario Müller, und bietet ihnen eine Plattform[27]. Müller appelliert immer wieder an das Bedürfnis, Familie und Volk wahlweise vor der etablierten Politik oder den Geflüchteten beschützen zu wollen, und erntet dafür rege Zustimmung.[28]

Aber auch außerhalb des World Wide Webs macht die AfD Stimmung gegen Geflüchtete. In der Hauptausschusssitzung des Stadtparlaments am 25. August diesen Jahres etwa schlug AfD-Chef und Bundespolizist Wilko Möller gleich konkrete, dem Populismus seiner Partei entsprechende Lösungen vor. Dabei hatte er freilich nicht das Problem der Drogenkriminalität, sondern das „Problem“ um die Geflüchteten im Sinn. Diese sollten sich aus der Stadt entfernen und wieder in den Bereich der Zentralen Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt begeben, außerdem sprach er sich für die Kürzung der den Asylsuchenden zustehenden sowieso schon magere finanziellen Unterstützung aus - besser noch deren Umwandlung in Sachleistungen.



Header der Facebook-Gruppe „Brandenburg weht sich“. (Screenshot vom 18. Oktober 2014).

In dem Wust der hunderten Nutzer*innen, die sich zum Konstrukt „kriminelle Ausländer“ äußern, finden sich unter der Vielzahl von Wutbürger*innen ebenfalls bereits bekannte Nazis. Insbesondere die „Facebook - Freundeslisten“ der aktiven Nutzer*innen sprechen Bände: Dort treiben sich rechte Hooligans des FCV[29] herum. Dazu gehören zum Beispiel Willi Muchajer oder Andy Köbbke; letzterer war 2006 and der Entehrung des Synagogengedenkstein in Frankfurt (Oder) beteiligt[30]. Willi Muchajer gehört außerdem - genau wie der Besitzer des Tattoostudios „Ink under the skin“ in Frankfurt (Oder), Mario Müller - zu den Mitgliedern der Nazi-Gruppierung „Kameradschaft Kommando Werwolf / Terrorcrew“ (KSKW)[31], die vornehmlich in der neonazistischen Musikszene aktiv sind. Auch Mario Schreiber und Marcel Kuss gehören zum Umfeld der Hetzer*innen; beide besuchten bereits des öfteren NPD-Veranstaltungen, etwa jene am 01.05.2014 in Frankfurt (Oder), bei der auch antifaschistische Gegendemonstrant*innen angegriffen wurden[32]. Mit von der Partie ist auch der ehemals führende Kopf der mittlerweile aufgelösten „Autonomen Nationalisten Oder-Spree“ (ANOS)[33], Michael Meißner.

Peer Koss – ein besonders aktiver Rassist...

Peer Koss ist Mitglied in der neonazistischen Rockergruppe „Blood Brother Nation“. Diese stehen in der Tradition der „White Power Bewegung“[34] und ist von der Überlegenheit einer „weißen Rasse“ überzeugt. Das Emblem der Gruppe illustriert eine Melange einer nordisch-germanischen, den Nationalsozialismus verherrlichenden, rassistischen Weltanschauung. Insbesondere die sogenannten „14 Words“, die auf den

US-amerikanischen Rassisten David Eden Lane zurückgehen, gelten als Leitspruch der White Power – Bewegung:

„Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft für die weißen Kinder sichern.“

Seinen eigenen Aussagen auf Facebook zufolge ermittelt der Staatsschutz bereits gegen ihn[35]. Peer Koss brüstet sich zudem, bei einem Angriff auf Antifaschist*innen im sachsen-anhaltinischen Burg dabei gewesen zu sein. Er beruft sich in seinem Beitrag auf die „Blue White Street Elite“ (BWSE), einer neonazistischen Hooligangruppe, die in den Abendstunden des 02.11.2013 eine Gruppe Antifaschist*innen angriff und später einen von ihnen entführten, um ihn zu bedrohen und zu verletzen.[36]

Seinem Facebook - Profil ist ebenfalls zu entnehmen, dass Peer Koss bei der Landtagswahl am 14.09.2014 als Beisitzer des Wahlehrenamts des Wahlbezirks 0015 in Frankfurt (Oder) berufen wurde. Diese Berufung kommentierte er online mit den Worten: „Denn sie wissen nicht was sie tun!!!“[37]. Die antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder) hat die entsprechend verantwortlichen Stellen über seine politischen Aktivitäten informiert[38]. Es liegt uns ein Schreiben der Kreiswahlleitung vom 12.09.2014 vor[39], wonach Koss bereits am 27.08.2014 erklärt habe, dass er das Wahl-ehrenamt nicht antreten werde. Aufgrund der „berechtigten Bedenken“ und des „zwischenzeitlich bekanntgewordenen Störungspotenziales ist selbstverständlich auf eine zwangsweise Durchsetzung der Berufung von Peer Koss in das Wahlehrenamt verzichtet worden.“[40], so die Kreiswahlleitung. Die antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder) begrüßt das Vorgehen der Kreiswahlleitung.

Versuch einer Analyse: Welche rassistischen Denkmuster und Ressentiments werden in dem Diskurs (re-)produziert, und wer steckt hinter der Hetze?

Sicherheit und Angst

Der Deckmantel der Hetze und ihr Ausgangspunkt ist die Angst um die Sicherheit.
Um wessen Sicherheit es hier geht und wer vor wem Angst hat, wird schnell klar. Angeblich bedrohen Asylsuchende die Sicherheit der deutschen Frau und der deutschen Kinder. Vermeintlich „deutsch“ ist hierbei wohl jeder, der nach der „Blut- und Bodentheorie“[41] in diese Kategorie passt. Asylsuchenden werden Straftaten von Drogenkriminalität über Belästigungen bis hin zu Sozialleistungsbetrug („Sozialschmarotzer“) vorgeworfen.

So schreibt Nutzerin Celine Eben: „Es ist klar das der Park auch für Polen und Asylbewerber und alle anderen ist, aber das die Afrikaner oder wo auch immer sie herkommen mit Drogen dealen, Frauen und Kinder belästigen und auch eine Frau in FFO vergewaltigt haben, das geht zu weit. Ich habe wirklich nichts gegen sie, aber das geht zu weit.“[42]

Noch absurder ist folgender Kommentar von „Van Callie“: „Ich wohne seit Jahren nicht mehr in Hütte und war letzte Woche dort kurz bei Mc Donalds um mir einen Kaffee zu holen als drei nicht deutschsprechende Herren auf mich zu kamen ich hab nur noch zu gesehen schnell ins Auto zu kommen und weg.“[43] Demnach sind Nichtdeutsche per se aufgrund ihrer Existenz bedrohlich.

Auch Nutzerin Jennifer Peste, welche auf einer Wilkommensdemonstration für Geflüchtete am 26.08.2014 in Frankfurt (Oder) im Beisein ihres Kindes schrie „Unser Rückschlag wird kommen!“, schreibt „Und unsere Kinder müssen leiden...Ohne Worte“[44] als Antwort auf angebliche Drogenkriminalität von Asylsuchenden im Lenné-Park.

Bereits am 18.12.2013 erscheint ein Artikel auf der Seite „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“ „Verdacht des Drogenhandels“[45] im Lenné-Park, hier beteiligen sich lediglich drei Personen in der Kommentarfunktion, u.a. Karl-Willi Heydrich. Jener ruft bei der derzeitigen Debatte zur Bewaffnung auf[46], indem er zum Kauf legaler Waffen auffordert, denn, so Heydrich, „die nettigkeiten sind schon lange vorbei!!“. Bevor der Diskurs um nicht-weiße Drogendealer*innen entstand, regte er sich noch über „Deutsches Denunziantentum“ auf, das die wohl vermehrt weiß gelesenen Dealer*innen verraten habe.[47] Hierdurch wird klar, dass es keineswegs um den Drogenhandel und Kriminalität geht, sondern um rassistische Hetze.

Dominanzgesellschaft

Der rassistisch nationalistische Leitspruch „Deutschland den Deutschen“ beschreibt die Idee einer dominanten Gruppe, in diesem Fall weißer Menschen, die strukturell, psychisch und sozial Macht ausüben und die als fremd verstandene Gruppen, hier Asylsuchende, als Nicht-Wir konstruiert. Das „Wir“ ist deutsch und wird von dem „Fremden“ bedroht. Diese Denkweise zeigt sich insbesondere im kulturellem Rassismus[48] der Nutzer*innen, welcher die sog. „fremde Kultur“ versucht zu degradieren. Im rassistischen Sprachgebrauch wird Asylsuchenden kulturelle Rückständigkeit und Rohheit angedichtet; so kommt es beispielsweise vermehrt zu Kommentaren auf Facebook, die Asylsuchende mit Tieren gleichstellen. So forderte Nutzerin Maria Heinrich: „Steckt die affen in ein boot und schick sie auf die reise...“[49], Nutzerin „Elli im Wunderland“ antwortete darauf „Ich sag ja Kiste Bananen in Zug und weg sind se...Naja schön wäre es wenn es so leicht wäre!!! Pack“[50]. Das Bild der Naturgewalt der „Asylflut“[51] wird in vielen Beiträgen bemüht. Mit ihm nehmen die Autor*innen den Asylsuchenden die Menschlichkeit, sie werden zu einer abstrakten Bedrohung stilisiert. Die Geflüchteten werden diametral der Dominanzgesellschaft entgegengestellt, der sie angeblich nur schaden und die sie unterwandern.



Das Emblem der neonazistischen Rockergruppierung „Blood Brother Nation“.

Politische Praxis

Die derzeitige politische Praxis der Rassist*innen besteht hauptsächlich in der Nutzung sozialer Medien, in erster Linie Facebook. Hier ergehen sich zahllose Nutzer*innen in der Reproduktion der beschriebenen rassistisch, völkisch-nationalistischen Hetze. Sie verlangen praktische politische Konsequenzen. Die Forderung nach Ausreise bzw. Abschiebung ist die wohl Populärste: „Verpisst euch da wo ihr hergekommen seit und eure Krankheiten könnt ihr bei euch lassen (Ebola) Aus diesem Grund wählt man NPD“[52], so z.B. Patrick Jeske.

Dabei benutzen sie eine rassistische Sprache, die keinen Zweifel an ihrem Weltbild zulässt. Zum Hintergrund der rassistischen Sprache gehen wir bei den einzelnen Beispielen ein, die das Weltbild der an dem Diskurs beteiligten Rassist*innen illustrieren.

Wenn es nach den Hetzer*innen geht, soll es aber nicht beim „Reden“ bleiben. Das Bedürfnis, endlich zu handeln, steht bei den meisten

Akteur*innen hoch im Kurs. Gewaltaufrufe sind an der Tagesordnung.

Nutzer Peer Koss, einer der aktivsten Schreiber, teilt freizügig seine Gewaltphantasien. So schrieb er u.a. am 03.09.2014 auf der Facebook-Seite der „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“: „Ich bin dafür, daß wir dieses kleine Problemchen mit einem großen knall lösen! Lichtenhagen und Hoyerswerder sollten dagegen klein erscheinen! Alle jammern und heulen,doch keiner macht was.Ich hab es bei der Demo gesehen,wo waren denn all die Leute? wir waren nur zu sechst unterwegs und haben Flagge gezeigt. Lasst uns doch mal alle was machen!!!Oder quatschen hier nur alle?“[53]
Gemeint sind hier die rassistischen Pogrome der Jahre 1991/1992. Dort zündeten Neonazis Unterkünfte von Vertragsarbeiter*innen und Asylsuchenden an und waren für etliche Verletzte verantwortlich. Mit dem Wunsch nach der Rückkehr der 1990er Jahre steht Koss nicht allein da. Auch viele andere Nutzer*innen wünschen sich die 1990er zurück; was das bedeutet, ist klar: Pogrome, marodierende Nazi-Banden und vermehrt Gewalt gegen Menschen, die als nicht-deutsch gelesen werden.

Dino Gellert kündigt an: „ich toleriere nicht weil ich kenn das noch von den anschlägen damals oben am heim ich dulde aber wenn so weiter geht werde ich nicht mal mehr dulden weil dann kommt die knarre aus dem schrank und der deutsche sascha kommt wieder weil so geht das nicht weiter“.[54] Ähnlich argumentiert Anne-Marie Gehrmann alias „Angerfist“:“Abknallen“ und weiter „Selbstjustiz ist angesagt“[55]. Auch der Nutzer Dirk Weinert alias „Kannst Knicken“ droht mit Gewalt: „ [...] stellt sie an die Wand und feuert“[56]. Die perfiden Gewaltphantasien tauchen ungezählte Male in den Kommentarleisten der Facebookseiten auf und stoßen kaum auf Gegenwehr.

Viele Nutzer*innen sprachen sich für die Gründung einer Bürgerwehr aus, die das Reden lassen und endlich handeln solle. Die Gründung einer entsprechenden Gruppe ließ nicht lange auf sich warten. Mit 607 Mitgliedern (Stand vom 09.09.2014 um 18:40) rufen die Betreiber*innen der Seite in ihrer Gruppenbeschreibung zu Selbstjustiz auf : „Wir finden es wird Zeit das Reden sein zu lassen & endlich etwas zu unternehmen! WIR können nicht länger Zusehen!!“[57]. Die zunächst virtuelle Gründung der Bürgerwehr ist ein erster Schritt hin zur Organisierung der Rassist*innen außerhalb der sozialen Netzwerke.

Parallel zu den Bemühungen, eine Bürgerwehr zu schaffen, gab es anlässlich der „Kleinen Parknacht“ am 30.08.2014 auf der Facebookseite „Brandenburg wehrt sich“ Aufrufe, sich den Park „zurück zu holen“[58]. Der Park gehört also in ihrem Weltbild nicht allen Menschen, sondern nur dem konstruierten deutschen weißen „Wir“. Unter anderem waren der Betreiber der Facebook-Seite „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“ und die Neonazis Paul Pfeifer, Niko Fleischer, Tim Weiche und Brian Dachwitz aus dem Umfeld der neonazistischen Hooligangruppe FCV bei der Parknacht anwesend.



Blood Brothers am Feiern: Peer Koss, Franziska Koss, Marian Schulz und David Pfeiffer in Lederkutten und neonazistischen T-Shirts.
(Screenshot von der Facebook-Seite von Peer Koss vom 10. September).

Peer Koss initiierte am 26.08.2014 eine Gegendemonstration[59] zu einer antirassistischen Demonstration in Frankfurt (Oder), die am selben Tag stattfand. Dem Aufruf zu Gegenprotesten folgten u.a. seine Frau Franziska Koss, Rommy Töppfer, Marian Schulz und Brian Dachwitz. Ebenfalls war der Betreiber der Seite „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“ anwesend und fotografierte die Antirassist*innen. Die Gegendemonstration wurde jedoch durch die Polizei unterbunden.

Verherrlichung und Relativierung des Nationalsozialismus

Durch den steigenden Bekanntheitsgrad der Facebook-Seiten mussten sich viele Nutzer*innen dem Vorwurf, Rassist*innen zu sein, stellen. Die typische Abwehrhaltung erinnert an den vom Altbundeskanzler Helmut Kohl geprägten Ausspruch der „Gnade der späten Geburt“[60]. Der Umstand, nach 1945 geboren zu sein, macht es demnach, unmöglich Rassist*in zu sein. Außerdem, so einige Nutzer*innen, beziehe man sich ja nur auf „Fakten“ und sei daher unmöglich rassistisch.

Dass die menschenverachtende Ideologie sich an der des Nationalsozialismus anlehnt, zeigt ein Beitrag von dem Nutzer Manuel Heising: „Das ist doch alles ein Witz die sollen froh sein das sie unterkunft bekommen haben, wieder abschieben und gut is ansonsten mach ich mich bald Selbstständig mit ner Kammer:)“[61]
Er verherrlicht damit Verbrechen, die im Nationalsozialismus stattgefunden haben und begibt sich damit in eine Kontinuität mit einer Ideologie, welche die Ermordungen von Menschen in Gaskammern als Lösungsansatz sieht. Die Antwort des Stadtverbandes der AfD in Frankfurt (Oder) auf diesen widerlichen Beitrag belegt ihre Nähe zum rassistischen Mob: „1000000% unsere Meinung“ und weiter „Danke genau so sehen Wir es auch „[62]. Eine erste Diskussion darum, ob die AfD sich nun auf diesen oder einen anderen Beitrag bezogen hatte, ebbte bald ab. Eine Partei, die sich selbst als demokratisch betitelt, und gleichzeitig die Vergasung von Geflüchteten gutheißt, hat sich spätestens mit dieser Aussage endgültig diskreditiert.

Nutzer Dirk Weinert wiederum relativiert Verbrechen, die im Nationalsozialismus stattgefunden haben; so schrieb er: „Wir sollen rassistisch sein hmmm okay aber was sind denn die so geliebten Amis? Ich sage nur Sklaverei diese Propaganda ist ja schlimmer als zu Hitl... Zeiten“[63] Damit leugnet er die Einmaligkeit der Shoa, der Ermordung der europäischen Juden, in der Geschichte. Er versucht die Grausamkeit des größten Menschheitsverbrechens damit zu relativieren, dass anderswo auch Unrecht geschehen ist.

Den Wunsch nach der Rückkehr des Nationalsozialismus und einer Partei wie der NSDAP formuliert Nutzer Andre Pipenburg: „War doch klar, es gab in der deutschen Geschichte bisher nur eine Partei die ihre wahlversprechen gehalten hat und das ist jetzt schon 81 Jahre her“[64] Damit wird einmal mehr klar, in welcher Tradition sich die Rassist*innen von heute sehen.

Ausblick

Die aktuelle Debatte zeigt wieder einmal deutlich, dass Rassismus und Nationalismus nicht nur weit verbreitet, sondern dass sie Normalität sind. Es sind nicht nur die stadtbekannten Neonazis, die sich äußern, es sind zum großen Teil unorganisierte „Wutbürger*innen“, die in der vermeintlichen Anonymität des Internets endlich das aussprechen können, was vermeintlich lange nicht mehr gesagt werden durfte. Die Anzahl derer, die sich an der Debatte beteiligt haben, ist

sehr hoch. Daher konnten wir nur exemplarisch Zitate auswählen, um eine Vorstellung davon zu generieren, was tagtäglich auf Facebook geschrieben wird.
Derzeit tobt sich der rassistische Mob lediglich im Internet aus. Eine Organisierung außerhalb der sozialen Medien ist bisher kaum zu beobachten. Aber die Recherchen zeigen eindeutig, wie groß das Mobilisierungspotenzial für Rassist*innen ist. Verbal sind sie längst bei Mord und Totschlag angekommen. Es ist an allen Antifaschist*innen dafür Sorge zu tragen, dass sich diese Stimmung nicht auf die Straße trägt!

Hinzu kommt eine Frankfurter Presse, die sich mit ihrer überwiegend unreflektierten Berichterstattung an der Polemik des rassistischen Mobs orientiert. Sie berichtete tendenziös, und wie so oft kommen ausgerechnet die Geflüchteten in der Debatte nicht zu Wort. Dies spiegelt die Lebensbedingungen Geflüchteter in der Bundesrepublik wider. Sie können ihren Wohnort nicht frei wählen. Eine Arbeitserlaubnis wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Sie leben am Existenzminimum. Auch in Frankfurt (Oder) leben sie isoliert am Stadtrand. Die rassistische Hetze und Vorverurteilung aus der sogenannten Mitte der (Frankfurter) Gesellschaft tut ihr übriges, um Geflüchtete zu marginalisieren.

Besonnen haben hier nur einige wenige reagiert. Bereits im August wurde seitens einiger Stadtverordneter eine Anfrage gestellt, die sich weitestgehend differenziert mit der Kriminalitätsproblematik im Lenné-Park befasste. Auch von einigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Parteien kamen früh Hinweise auf die sich gegen Asylsuchende radikalisierende Stimmung in der Stadt[65]. Die Verwaltungsspitze hatte zunächst die Dringlichkeit verkannt, auf die anschwellende Pogromstimmung zu reagieren, und verschob dieses Thema zeitlich als auch in den nicht-öffentlichen Teil der entsprechenden Hauptausschusssitzung. Es gab nur halbherzige Statements, wie etwa zur „Kleinen Park Nacht" von Oberbürgermeister Martin Wilke. Das Problem wurde nicht benannt, denn das Problem heißt Rassismus. Dass dies so ist, steht wiederum einer vermeintlich weltoffenen Stadt nicht gut zu Gesicht. Dass aber ein konsequenter und offensiver Umgang mit Rassismus und Neofaschismus nötig ist, und der auch für ein gutes Profil dieser Stadt sorgen würde, wurde und wird immer wieder verkannt.

Die Losung „Wehret den Anfängen" ist wieder einmal aktuell. Die Wurzeln rassistischer Ressentiments müssen aufgedeckt und benannt werden. Die Rassist*innen müssen entlarvt und aus der vermeintlichen Sicherheit und Anonymität des Internets ans Licht gezerrt werden. Die Verwaltung, die politischen Parteien und die aktive antifaschistische Zivilgesellschaft muss dafür Sorge tragen, dass eine derartig aufkommende Pogromstimmung nicht unter den Teppich gekehrt wird, sondern sich mit dieser öffentlich auseinandergesetzt wird.

---

1) Vgl. Frank Groneberg, Drogenhandel blüht im Lennépark, Märkische Oder-Zeitung, 25./26.08.2014, http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1314548 (eingesehen am 18.10.2014).
2) Vgl. Uwe Meier - Mit Drogen handelnde junge Männer haben den Lennépark binnen weniger Wochen mit Furcht und Schrecken erfüllt, www.der-oderlandspiegel.de/news/artikel/mit-drogen-handelnde-junge-maenner-haben-den-lennepark-binnen-weniger-wochen-mit-furcht-und-schreck.html (eingesehen am 18.10.2014).
3) Vgl. „René Wilke", Beitrag von René Wilke vom 28.08.2014: https://www.facebook.com/rene.wilke/photos/pb.1386887814869370.-07520000.1410433941./1441742302717254/?type=3&src=https%3A%2F%2Ffbcdn-sphotos-g-a.akamaihd.net%2Fhphotos-ak-xaf1%2Fv%2Ft1.0-9%2F10593177_1441742302717254_442930371197218963_n.jpg%3Foh%3D06ba885f3a42e1a4d960cfd2c1037a66%26oe%3D54934F9D%26__gda__%3D1418741804_0f185694c407a43f4f41edbc886fa912&size=540%2C960&fbid=1441742302717254 (eingesehen am 18.10.2014).
4) Der Begriff „Asylant" ist seit seiner Entstehung in den 1970ern eine abwertende Bezeichnung für Asylsuchende, der vorrangig von extrem rechten und rassistischen Menschen genutzt wird. Mit ihm gehen vordergründig negative Konnotation einher wie die oft genutzten Begriffe „Asylantenflut", „kriminelle Asylanten" und „Scheinasylant". Auch die NPD nutzt den Begriff in ihrer Propaganda.
5) Vgl. exemplarisch Facebook-Profile: „Brandenburg wehrt sich": https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014), „Bürgerwehr Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 10.09.2014) sowie „Blaulichtreport Frankfurt Oder": https://de-de.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 18.10.2014).
6) Vgl. „Brandenburg wehrt sich": https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
7) Vgl. „Blaulichtreport Frankfurt/Oder": https://de-de.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 18.10.2014).
8) Vgl. „Bürgerwehr Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 10.09.2014).
9) Vgl. „Nationale Weisse Hoffnung2.0": https://www.facebook.com/pages/Nationale-Weisse-Hoffnung20/704204702987126 (eingesehen am 18.10.2014).
10) Vgl. „Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 18.10.2014).
11) Vgl. „Brandenburg wehrt sich": https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
12) Vgl. https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300?sk=info (eingesehen am 18.10.2014).
13) In den „Gefällt-mir-Angaben" der Seite sind die „Nein zum Heim"-Kampagnenseiten aus Mecklenburg – Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen zu finden. Diese Seiten täuschen ebenfalls eine bürgerliche Mitte vor, aus der sie agieren, sind aber NPD gesteuert. So treten z.B. NPD – Mitglieder als „besorgte Mütter" auf und hetzen unter anderem Deckmantel, wie z.B. Maria Fank in Hellersdorf. Schwerpunkt sowohl bei „Brandenburg wehrt sich" als auch bei den „Nein zum Heim" - Kampagnen ist der vermeintliche „Asylmissbrauch". Vgl. „Brandenburg wehrt sich": https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
14) Vgl. beispielsweise Beitrag über eine Aktion der Brandenburger JN: „Brandenburger Jugend rebelliert.....die Gedanken sind frei!!", Beitrag vom 05.09.2014: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
15) Vgl. „Brandenburg wehrt sich", Beiträge vom 10.09.2014 und Beitrag vom 11.09.2014, https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.09.2014).
16) Vgl. „Brandenburg wehrt sich", Beitrag vom 12.09.2014 https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 19.09.2014).
17) Vgl. „Blaulichtreport Frankfurt/Oder": https://de-de.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 18.10.2014).
18) Vgl. „Blaulichtreport Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder/info (eingesehen am 18.10.2014).
19) Vgl. https://www.facebook.com/search/results/?init=quick&q=Blaulichtreport&tas=0.6592356835459099 (eingesehen am 07.10.2014).
20) Vgl. „Bürgerwehr Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 10.09.2014).
21) Vgl. „Bürgerwehr Frankfurt/Oder": https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 10.09.2014).
22) Vgl. „Nationale Weisse Hoffnung2.0": https://www.facebook.com/pages/Nationale-Weisse-Hoffnung20/704204702987126 (eingesehen am 18.10.2014).
23) „Nationale Weisse Hoffnung2.0", Beitrag von Nationale Weisse Hoffnung2.0 am 09.09.2014: https://www.facebook.com/pages/Nationale-Weisse-Hoffnung20/704204702987126. (eingesehen am 10.09.2014)
24) „Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder", Beitrag von Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder vom 25.08.2014 um 09:20: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 31.08.2014).
25) „Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder", Beitrag von Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder vom 27.08.2014 um 23:25: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 31.08.2014).
26) „Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder", Beitrag von Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder vom 26.08.2014 um 04:00: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 31.08.2014).
27) Vgl. „Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder", Beitrag von Mario Der Tintenteufel vom 08.09.2014: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 09.09.2014).
28) Vgl. „Alternative für Deutschland, Stadtverband Frankfurt/Oder", Beitrag von Mario Der Tintenteufel vom 08.09.2014: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 09.09.2014).
29) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Freunde, die niemand haben will.", in: „recherche output #1", 2006 und Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Rechte Frankfurter Ultras aktiv wie nie", in: „recherche output #3", 2007 sowie zahlreiche Artikel unter https://recherchegruppe.wordpress.com.
30) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Gedenksteinschändung
endet vor Gericht.", in: „recherche output #2", 2007.
31) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Watch out for the Werwolf!", auf: https://recherchegruppe.wordpress.com/2013/06/02/watch-out-for-the-werwolf/, 02.06.2013 und vgl. gegenrede: „Hausdurchsuchung in Frankfurt (Oder)", auf: http://gegenrede.info/news/2013/lesen.php?datei=130624_01, 24.06.2013 sowie vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Verwundbarer Musiker und Tättowierer", auf: https://recherchegruppe.wordpress.com/2014/08/28/verwundbarer-musiker-und-tattowierer/ (eingesehen am 18.10.2014).
32) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Die NPD am 1. Mai in Brandenburg – Gewaltbereit in den Wahlkampf.", auf: https://recherchegruppe.wordpress.com/2014/05/21/die-npd-am-1-mai-in-brandenburg-gewaltbereit-in-den-wahlkampf/, 21.05.2014 und Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder): „Erfolgreicher antifaschistischer Protest – und die NPD zeigt ihr wahres Gesicht!", auf: http://web621.mis06.de/kofn/2014/05/07/erfolgreicher-antifaschistischer-protest-und-die-npd-zeigt-ihr-wahres-gesicht/, 07.05.2014 (eingesehen am 18.10.2014).
33) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Neonazistische Jugendkultur im Wandel am Beispiel der „Autonomen Nationalisten Oder-Spree"", in: „recherche output #5", 2012.
34) „White Power" zu deutsch „Weiße Macht" ist als Reaktion auf die Black-Power-Bewegung in den USA entstanden. Dieser Slogan wird vom Ku-Klux-Klan, Neonazis und anderen Rassist*innen verwendet, um eine Weiße Überlegenheit und eine daraus resultierenden Vormachtstellung zu propagieren.
35) Vgl. „Peer Ko", Beitrag von Peer Ko vom 04.09.2014: https://www.facebook.com/peer.koss (eingesehen am 18.10.2014).
36) Vgl. „Nationale Weisse Hoffnung2.0". Beitrag von Nationale Weisse Hoffnung2.0 vom 07.09.2014: https://www.facebook.com/pages/Nationale-Weisse-Hoffnung20/704204702987126 (eingesehen am 08.09.2014).
37) Vgl. „Peer Ko", Beitrag von Peer Ko vom 09.08.2014: https://www.facebook.com/peer.koss (eingesehen am 18.10.2014).
38) Vgl. Schreiben der antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder) an den Kreiswahlleiter Eyke Beckmann, die stellvertretende Kreiswahlleiterin Martina Löhrius, den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) Martin Wilke und die Fraktionen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vom 09.12.2014.
39) Vgl. Schreiben des Kreiswahlleiters Eyke Beckmann und der stellvertretenden Kreiswahlleiterin Martina Löhrius an die antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder) vom 12.09.2014.
40) Ebd.
41) Die Blut- und Bodentheorie geht davon aus das jedes „Volk" oder jede „Rasse" seinen angestammten „Lebensraum" besitzt, dort also verwurzelt ist. Eine Vermischung ist unerwünscht und wird als schädlich betrachtet.
42) „Brandenburg wehrt sich", Beitrag von Celine Eben vom 28.08.2014 um 19:54: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 hier und im Folgenden Rechtschreib- und Grammatikfehler in Zitaten im Original (eingesehen am 18.10.2014).
43) „Brandenburg wehrt sich", Beitrag von Van Callie vom 30.08.2014 um 12:32: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
44) „Brandenburg wehrt sich", Beitrag von Jennifer Peste vom 26.08.2014 um 17: 48: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 01.09.2014).
45) Vgl. „Blaulichtreport Frankfurt/Oder", „Verdacht des Drogenhandels", Beitrag von Blaulichtreport Frankfurt/Oder vom 18.12.2013: https://www.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 18.10.2014).
46) „Brandenburg wehrt sich", Beitrag von Karl-Willi Heydrich vom 30.08.2014 um 16:59: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 20.09.2014).
47) Vgl. „Blaulichtreport Frankfurt/Oder", Beitrag von Karl-Willi Heydrich vom 18.12.2013 um 20:17: https://www.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 18.10.2014).
48) Kultureller Rassismus beschreibt eine Denkweise, bei der davon ausgegangen wird, dass Kultur nicht historisch gewachsen ist, sondern den Menschen inne wohnt, also angeboren und damit unveränderlich ist. Kultur wird dabei als Synonym für Rasse verwendet.
49) „Brandenburg wehrt sich", Beitrag von Maria Heinrich vom

27.08.2014 um 08:56: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
50) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Elli im Wunderland vom 27.08.2014 um 05:31: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
51) Die sog. Asylflut ist ein oft genutztes Bild, welches sich in der Angst vor einer „Überfremdung“ äußert. Bill Jurchen bsp. nutzt das Bild in einem Beitrag: „ Und ich denke mal in 20jahren ist es keine Deutsche Stadt sondern ne Afrikanische Stadt und es muss mal langsam mehr passieren in ganz Deutschland!!!“, „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Bill Jurchen vom 26.08.2014 um 09:10: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
52) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Patrick Jeske vom 26.08.2014 um 09:54: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
53) „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“, Beitrag von Peer Koss vom 03.09.2014 um 11:50: https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 10.09.2014).
54) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Dino Gellert vom 30.08.2014 um 16:38: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
55) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Anne-Marie Gehrmann vom 27.08.2014 um 21:02: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
56) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Dirk Weinert vom 26.08.2014 um 09:54: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 10.09.2014).
57) Vgl. „Bürgerwehr Frankfurt/Oder“: https://www.facebook.com/pages/B%C3%BCrgerwehr-FrankfurtOder/765821236794518 (eingesehen am 09.09.2014).
58) Vgl. „Brandenburg wehrt sich“, „Heute haben wir uns unseren Park zurückgeholt“, Beitrag vom 28.08.2014: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 18.10.2014).
59) Vgl. „Peer Ko“, Beitrag von Peer Ko vom 26.08.2014: https://www.facebook.com/peer.koss. (eingesehen am 18.10.2014).
60) Der von Altbundeskanzler Helmut Kohl geprägte Ausspruch „Die Gnade der späten Geburt“ spricht die Nachkriegsgeneration von der Verantwortung für die Erinnerung an die und Sühne der im Nationalsozialismus begangenen Verbrechen frei.
61) Vgl. „René Wilke“, Beitrag von René Wilke vom 28.08.2014: https://www.facebook.com/rene.wilke/photos/pb.1386887814869370.-2207520000.1410433941./1441742302717254/?type=3&src=https%3A%2F%2Ffbcdn-sphotos-g-a.akamaihd.net%2Fhphotos-ak-xaf1%2Fv%2Ft1.0-9%2F10593177_1441742302717254_442930371197218963_n.jpg%3Foh%3D06ba885f3a42e1a4d960cfd2c1037a66%26oe%3D54934F9D%26__gda__%3D1418741804_0f185694c407a43f4f41edbc886fa912&size=540%2C960&fbid=1441742302717254 (eingesehen am 18.10.2014).
62) Ebd. (eingesehen am 18.10.2014).
63) „Blaulichtreport Frankfurt/Oder“, Beitrag von Dirk Weinert vom 29.08.2014 um 05:20: https://www.facebook.com/BlaulichtreportFrankfurtOder (eingesehen am 10.09.2014).
64) „Brandenburg wehrt sich“, Beitrag von Andre Pipenburg am 10.09.2014 um 11:34: https://www.facebook.com/pages/Brandenburg-wehrt-sich/780097475356300 (eingesehen am 12.09.2014).
65) Vgl. Utopia e.V., Hetze gegen Asylsuchende nimmt bedrohliches Maß an, 29.08.2014: http://utopiaffo.blogsport.de/2014/08/29/pm-hetze-gegen-asylsuchende-nimmt-bedrohliches-mass-an/ (eingesehen am 19.10.2014), Kreisverband Bündnis ‚90 Die Grünen – Stadtverband Frankfurt (Oder), Lenné-Park und Stadtteil West: Frankfurter Bündnisgrüne warnen vor Panikmache und wilden Verdächtigungen, 27.08.2014: http://www.gruene-frankfurt-oder.de/home/?no_cache=1&expand=534779&displayNon=1&cHash=447fcfe5385f04fe00fdeb5f78dcc4b3 (eingesehen am 19.10.2014), René Wilke, Joseph Lenden, Wolfgang Mücke, Anfrage zu den Vorfällen im Lennépark und im Stadtteil West, 27.08.2014: http://www.dielinke-ffo.de/politik/stadt-frankfurt-oder/item/303-ren%C3%A9-wilke-anfrage-zu-den-vorf%C3%A4llen-im-lenn%C3%A9park-und-im-stadtteil-west (eingesehen am 19.10.2014).

Die Frankfurter AfD und ihre Verstrickungen in den braunen Sumpf

Die noch junge Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) schreibt seit ihrer Gründung Anfang vergangenen Jahres eine Erfolgsgeschichte. Kaum eine andere Partei vermochte es in so kurzer Zeit, Stimmenzuwächse zu erreichen, die sie sogar fast in den Bundestag geführt hätten. Anfangs mittels ihrer Eurokritik als Ein-Themen-Partei bekannt, die sich nicht klar politisch einordnen ließ, zeigen neue Erkenntnisse und Offenbarungen seitens der Partei und ihrer Mitglieder immer wieder, welche ideologischen Ansichten in der Partei mehrheitlich vertreten werden.

Die Frankfurter AfD behauptet von sich: „Wir sind weder rechts noch links - WIR SIND AFD“.[1] Die vorliegende Analyse des Stadtverbands in Frankfurt (Oder) zeigt jedoch, dass die AfD nichts anderes ist als eine rechtspopulistische Partei, die mit Chauvinismus und Nationalismus „deutsche Interessen“ vertritt. Sie steht für soziale Kälte; sie hat eben nicht den sozialen Ausgleich, das Wohl Aller im Sinn, sondern ihre Politik ist auf die Interessen der Besitzenden abgestellt. Sie ist sich in ihrer „Law-and-Order-Rhetorik” nicht zu schade, auch an rassistische Ressentiments anzuknüpfen. Sie hat Rechts-Wählen wieder salonfähig gemacht. Ein besonders eindrückliches Beispiel für den Erfolg der Partei ist deren Stadtverband Frankfurt (Oder), der im folgenden analysiert werden soll.

Populismus pur

Seit dem 7. Dezember 2013 existiert der Frankfurter Stadtverband, der sich mit dem Ziel gegründet hat, zu den Kommunalwahlen im Mai sowie den Landtagswahlen im September 2014 anzutreten.[2]

Im Wahlkampf versuchte er sich vor allem über das Thema „Sicherheit und Grenzkriminalität“ zu profilieren. Der Ansatz der AfD, sich als neue und unverbrauchte Partei jenseits der Verstrickungen in parteipolitische Graben- und Profilierungskämpfe zu präsentieren, ging auf. Unter dem Deckmantel, endlich einmal das aussprechen zu können, was vermeintlich nicht gesagt werden durfte, traf die AfD den Nerv der Frankfurter*innen. Ihr Politikstil ist populistisch: sie macht leere Versprechungen, die häufig außerhalb der Kompetenz des zur Wahl stehenden Mandats liegt. Sie stellt unrealistische, aber beliebte Forderungen, um die Wähler*innen zu mobilisieren. Sie bedient sich vor allem der Sozialen Medien[3] als Plattform für ihre Positionen. In dort veröffentlichten Beiträgen oder Offenen Briefen[4] polemisiert sie gegen politische Gegner*innen oder reagiert mit vereinfachenden Lösungen auf komplexe, emotional besetzte Themen.



Die AfD und ihre Fans: Während Wilko Möller (l.) und der AfD-Landesvorsitzende Alexander Gauland (r.) auf einer Kundgebung am 6. September 2014 in Frankfurt (Oder) Wahlakampf machen ... (Foto: pressedienst frankfurt (oder))

Die Wahlergebnisse

Mit 12,8% (2.482 Stimmen)[5] bei der Wahl zum neuen Europaparlament bzw. 11,6% (6.775 Stimmen)[6] bei den Kommunalwahlen machte sie die Stadt zu einer Hochburg der Partei deutschlandweit. Seitdem ist sie mit fünf Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Bei der vergangenen Landtagswahl am 14. September konnte sie nochmal ihr Ergebnis steigern. 19,7 % (4.307 Stimmen)[7] wählten die rechtspopulistische Partei; sie ist mit 61 Stimmen mehr als für die CDU drittstärkste Partei in der Stadt. Nur im angrenzenden Wahlkreis 29 (Oder-Spree II) wählten noch mehr die AfD.[8] Aktuell hat die AfD in Frankfurt 25 Mitglieder.[9]

Verbindungen ins Neonazi-Milieu: Die Mitglieder der Frankfurter AfD

Die fünf Abgeordneten der AfD bilden derzeit die viertstärkste Fraktion im Stadtparlament. Allen voran der Fraktionsvorsitzende Wilko Möller. Außerdem gehören ihr noch Frank Nickel, Michael Korth, Dr. Hartmut Händschke und

Ute Spallek an. Das Gesicht der rechtspopulistischen Partei in der Stadt ist dabei eindeutig Wilko Möller. Der 47jährige Bundespolizist gehört zu den Gründungsmitgliedern des Frankfurter Ablegers der Partei und ist politisch nicht unerfahren. Vorher bereits Mitglied in der FDP, arbeitete er als sachkundiger Einwohner im Stadtentwicklungsausschuss mit. Bei öffentlichen Auftritten sowie bei Interview ist er Wortführer. Dabei betont er immer wieder die Lieblingsthemen seiner Partei: Ordnung und Sicherheit. Für den angeblichen Anstieg der Kriminalität sieht er die Schuldigen in der Landesregierung, die viel zu wenig tue und lieber die Polizeikräfte reduziere, aber vor allem in den Asylbewerber*innen, welche die Sicherheit Frankfurter Bürger*innen in Parks und Stadtteilen gefährdeten.[10] Die Forderung nach der Schließung des Flüchtlingsheims und Ausweisung der Bewohner*innen sind für ihn die Lösung des Problems.[11] Seine Positionen decken sich doch nicht immer mit seiner Praxis. Er sieht die polnische Nachbarstadt Slubice als Konkurrenten und nicht als Partner – fährt aber zum Tanken dann doch lieber über die Grenzbrücke.[12]

Zudem fällt insbesondere seine Hetze gegen alles, was er als politisch links identifiziert, auf. Egal, ob Politiker*innen der Partei „Die LINKE" oder zivilgesellschaftliche Akteure wie den Utopia e.V.: frei nach der „Extremismustheorie"[13] werden politische Gegner*innen als „linksextrem" diffamiert.[14] Auf einem Plakat, welches im Zuge des Wahlkampfes um die Mandate im brandenburgischen Landtag gehangen wurde, dichtete die AfD-Frankfurt (Oder) und eine ominöse „Initiative gegen Neofaschismus und für politische Aufklärung" Winston Churchill den Satz „Die Faschisten der Zukunft werden sich Antifaschisten nennen" an. Damit höhnt sie nicht nur der Opfer des Faschismus, sondern diffamiert jene Antifaschist*innen, die zur Befreiung vom ihm beigetragen haben.

Zudem trennt Wilko Möller nicht zwischen seiner beruflichen und parteilichen Zugehörigkeit: Bei Veranstaltungen tritt er gleichzeitig als Sprecher der Polizei und als AfD-Mitglied auf.[15] Seine Arbeitszeit nutzt er neben seiner eigentlichen Tätigkeit, auch zum Verfassen parteipolitischer Texte. Am Kommunalwahlprogramm schrieb er unter anderem am 29.04.2014 22:36:00 während seiner Arbeitszeit von seinem dienstlichen Computer aus und kommunizierte über die E-Mailadresse Wilko.Moeller@polizei.bund.de [Möller, Wilko (I FFO)] mit überregionalen Parteimitgliedern.

Auch der Chirurg Dr. Hartmut Händschke betont die Probleme, die vor allem durch die steigenden Flüchtlingszahlen kämen. Besonders perfide äußerte er sich über Asylbewerber*innen aus Afrika auf einer AfD-Kundgebung am 6. September in Frankfurt (Oder). Er möge eigentlich keine Schwarzen, so Händschke vor etwa 40 Zuhörer*innen. Weiter sagte er: „In die schlechte Sicherheitssituation in Brandenburg kommen jetzt auch noch die Flüchtlinge aus Afrika, und alle wundern sich, dass die Scheiße bauen. Aber die kennen es ja nicht anders, dort wo sie herkommen."[16]



... hören Rocco Kilz (l. mit Brille) und Christoph Schöfisch (r.) gespannt zu. (Foto: pressedienst frankfurt (oder))

Michael Korth sticht durch seine zweifelhafte Vergangenheit sowie seine Bekanntschaft zu Frankfurter Neonazis hervor. Im Jahr 2000 war er mit Sven Ledwon (damals 20) und Daniel Heck (damals 26) unterwegs, als diese sechs indische und pakistanische Personen in der Nähe des Restaurants "Nirwana" in Frankfurt beleidigten und attackierten. Die Betroffenen wurden unter Rufen wie "Was habt ihr hier zu suchen?" und "Hier wird deutsch gesprochen!" mit Gürteln und einem Baseballschläger verletzt und erlitten Bisse durch Korths mitgeführten Hund. Im nachfolgenden Prozess und in dem darauffolgenden Berufungsverfahren wurden die drei Täter zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt.[17]

Unter seiner aktuellen Freundesliste und seinen Gefällt-mir-Angaben bei Facebook finden sich viele zwie-lichtige Gestalten und Musikbands, unter ihnen der bekannte Frankfurter Neonazi Rocco Kilz (alias "Elias Sonnenwirth"), der mit Korth zusammen auf Bildern posiert.[18] Kilz war bei den Kommunalwahlen 2003 Spitzenkandidat der NPD. Sein Einzug in den Kreistag Oder-Spree scheiterte damals nur knapp. Später war er als NPD-Personenschützer in Sachsen aktiv, u. a. für den damaligen Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel. Bei einem Treffen der inzwischen verbotenen

AfD-Watch

18. November 2014 – Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport, Gleichstellung, Gesundheit und Soziales

Ein Antrag bezüglich einer Konzeption dezentraler Unterbringung von Geflüchteten seitens der Fraktion Die Grünen und der Partei Die Linke brachte den sachkundigen Einwohner der AfD, Gerhard Heyder, beim Ausschuss für Bildung, Sport, Gleichstellung, Gesundheit und Soziales am 18.11.2014 zur Offenlegung der rassistischen Ressentiments der Partei.

Er eröffnete sein Statement mit der Behauptung, dass 70-80% der Geflüchteten zu Unrecht in Deutschland seien, da diese weder Kriegsflüchtlinge seien bzw. keine Geflüchteten gemäß den Genfer Konventionen. Auf Nachfrage von Joseph Lenden, wo er denn seine Informationen her habe, blieb er stumm.

Seine Partei, so Heyder, sei – selbstverständlichdafür Menschen zu unterstützen, die flüchten müssen. Die anderen würde er am liebsten wieder abschieben bzw. „nach Hause schicken", aber er wisse, dass das nicht so einfach gehe. Demnach gäbe es die „guten" Geflüchteten, die das Recht hätten in Deutschland zu bleiben und die „schlechten" Geflüchteten, die gemäß der AfD kein Bleiberecht hätten, weil sie die falschen Fluchtgründe hätten.

Die Forderung der Partei nach zentraler Unterbringung von Geflüchteten, schlüßelte Heyder folgendermaßen auf:

1) Die AfD behauptet, die soziale und medizinische Versorgung sei zentral günstiger.

2) Die AfD behauptet, man könne Menschen besser kennenlernen wenn sie in Gruppen zusammenleben. Ein klares Statement gegen Inklusion.

3) Die AfD behauptet, dass Sicherheit und Kontrolle zentral besser zu händeln sein. Denn so Heyder, „wir kennen die doch nicht". [...]

4) Die AfD möchte nicht, dass die „Ausländer" in jene Wohnungen ziehen, aus welchen die Frankfurter*innen aufgrund von Abriss und Stadtumbau ausziehen mussten. Heyder findet es ganz natürlich, dass die Frankfurter*innen dann gegen die „Ausländer" seien, da diese ja nun in ihren alten Wohnungen zögen.

5) Die AfD betont, dass sich alle mal überlegen möchten, wer denn all die Gelder erwirtschafte, die da ausgegeben werden. [...]

Der Beitrag wurde zum großen Teil ignoriert und nicht in die Entscheidung miteinbezogen. Der sachkundige Einwohner Joseph Lenden stellte folglich einen Vergleich der AfD und NPD auf und bat Heyder im Anschluss, auf die Hetze zu verzichten.

Diese und andere Berichte über die Frankfurter AfD finden sich auf AfD-Watch: *https://recherche-gruppe.wordpress.com/afd-watch/*

Heimattreuen deutschen Jugend (HdJ) 2006 in Blankenfelde (Teltow-Fläming) war er einer der Angreifer auf die Journalistin Andrea Röpke.[19] In der Bildergalerie von Korth finden sich zudem private Aufnahmen von ihm zusammen mit Teilnehmer*innen der NPD-Demonstration 2012 sowie mit Leuten aus dem Umfeld der Motorrad-Crew "Streetfighters 208", die ein Anziehungspunkt für Neonazis ist.[20]

Nicht in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung geschafft hatte es Meinhard Gutowski. Er kandierte neben dem Mandat auf kommunaler Ebene auch für den brandenburger Landtag als Kandidat der AfD in Märkisch Oderland. Der Fahrschullehrer gehört zu den Gründungsmitgliedern der Partei in Frankfurt. Von allen Parteimitgliedern bringt er wahrscheinlich die meiste politische Erfahrung mit. 2003 für die damalige rechte „Partei Rechtsstaatliche Offensive" (PRO) des ehemaligen Hamburger Innensenators Ronald Schill in das Rathaus eingezogen, wechselten nach Auflösung der Partei alle Mitglieder zur neonazistischen „Pro Deutschland". Zur darauf folgenden Kommunalwahl 2008 trat er für die „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung/50Plus" (BVB/50 Plus) an, die durch Berührungspunkte zu NPD und DVU ebenfalls latent rechte Positionen vertraten.[21] Zwischenzeitlich unterhielt er ebenso Kontakte zur NPD. Am 27. Januar 2006 organisierte er zusammen mit dem Kreisverband Oderland einen „Politischen Stammtisch" der NPD im Frankfurter Hotel und Restaurant „Grünhof".[22]

Neonazis und die AfD

In der Satzung der Bundes-AfD ist unter § 2 Abs. 3 zu lesen: „Personen, die Mitglied einer Organisation sind, welche durch deutsche Sicherheitsorgane als extremistisch eingestuft wird oder die Mitglied einer Organisation waren, welche zum Zeitpunkt der Mitgliedschaft durch deutsche Sicherheitsorgane als extremistisch eingestuft wurde, ohne dass diese Einschätzung rechtskräftig von den Gerichten aufgehoben ist, können nur Mitglied der Partei werden, wenn sie darüber im Aufnahmeantrag Auskunft geben und der Bundesvorstand sich nach Einzelfallprüfung für die Aufnahme entschieden hat."[23]
Angesicht der Skandale, welche die Partei nach ihrem Einzug in die sächsischen und brandenburger Landtage mit ihren extrem rechten Mitgliedern hatte bzw. hat[24] stellt sich die Frage, in wieweit beim Umgang mit Neuaufnahmen von (ehemaligen) Neonazis auf Einzelfallprüfungen wertgelegt wird. Auch in anderen Bundesländern häufen sich Meldungen von Neonazis in der AfD. Dass sich Neonazis für die Partei interessieren, ist angesichts der Wahlprogramme und -slogans nicht verwunderlich. Sicherung der Grenzen, Schließung von Asylbewerber*innenheimen bzw. deren Bewohner*innen abzuschieben, stoßen auf offene Ohren.

Die Brandenburger AfD ist nicht frei von neonazistischen Tendenzen. Axel Brösicke, Stadtverordneter der Partei in Brandenburg an der Havel, hört neben den "Böhsen Onkelz" und "Frei.Wild", auch gerne die neonazistische Band „Kategorie C". Außerdem bewertete er ein Lied des neonazistischen Rap-Duos „A3stus" positiv, in dem die beiden Musiker vor dem Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf ihre rassistische und antisemitische Botschaft singen.[25] Steffen Königer, nun einer der elf Abgeordneten der AfD im Landtag sowie Mitglied im Landesvorstand scheint ebenso keine Berührungsängste mit dem rechten Rand zu haben. Auf seiner Face-book-Seite liked er die Identitäre Bewegung.[26] Mit den rassistischen und islamfeindlichen Aktionen dieser Gruppe hat er kein Problem. In einem Interview mit „Brandenburg Aktuell" sieht er in dieser Gruppe keine Neonazis, „[...] sondern nur [...] Menschen, die gerne darauf wert legen zu wissen woher sie kommen [...]."[27] Als ehemaliges Mitglied des rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger"[28], sowie Autor der rechten Wochenzeitung „Jungen Freiheit" verwundert seine Haltung nicht.[29] Alexander Gauland aber, der Landesvorsitzende und Fraktionsführer der AfD in Brandenburg, stellt mit seinen rassistischen Aussagen zu rigoroser Abschiebung von vermeintlich politisch nicht verfolgten Flüchtlingen seine Parteifreunde in den Schatten.[30] Darüber hinaus fordert er, ganz in der europafeindlichen Tradition sei-ner Partei, die temporäre Wiedereinführung von Grenzkontrollen.[31] Interviews mit der islamfeindlichen Internetplattform „pi-News"[32] und Beiträge für die rechte „Junge Freiheit"[33] scheinen für ihn selbstverständlich. Darüber hinaus scheint seine Einstellung zum Antisemitismus mehr als fragwürdig.[34]

Mit alten Freunden feiert man gern: AfD-Abgeordneter Michael Korth (hinten, mit Daumen nach oben) auf einem Konzert, zusammen mit Rocco Kilz (mitte, mit Brille) am 28. Dezember 2013 im Frankfurter Mikado. (Screenshot von der Facebook-Seite von Michael Korth vom 23. November).

Wie im Land so auch in Frankfurt (Oder) macht die rechtspopulistische Partei deutlich, dass sie keine Berührungsängste mit Neonazis hat. Denn der erste Skandal der jungen Frankfurter AfD ließ nicht lange auf sich warten: Kurz nach der Wahl gefragt, wie die Partei zur neonazistischen NPD stehe, äußerte Wilko Möller: "Sollte die NPD einmal eine politische Idee haben, die gut für Frankfurt ist, dann höre ich mir das auch an.".[35]

Dieses Miteinander von AfD fand seinen Niederschlag auch bei einer Veranstaltung der Partei am 6. September auf dem Frankfurter Rathausplatz. Der Kreisverband hatte sich im Zuge des Wahlkampfs den Spitzenkandidaten für den Landtag in Brandenburg, Alexander Gauland, sowie den AfD-Bundesvorstitzenden, Bernd Lucke, eingeladen. Neben ihren Redebeiträgen sprach auch der Frankfurter Direktkandidat für die anstehenden Landtags-wahlen der AfD, Hartmut Händschke. Unter den Gästen der Kundgebung befanden sich auch mehrere bekannte Neonazis. So etwa versammelten sich etwas abseits als FCV-Hooligans bekannte Personen, wie Christof Schoefisch, Paul Pfeiffer und Christian Riemer. Neben diesen fanden sich auch noch weitaus bekanntere Neonazis auf der AfD-Veranstaltung ein: Zu Gast war auch Roland Weiß, der 2007 den NPD Stadtverband Frankfurt (Oder) gegründet hatte und zum damaligen Zeitpunkt als aussichtsreicher Kandidat für die Kommunalwahlen galt. Er war in dieser Zeit die zentrale Figur der Neonazi-Partei in Frankfurt.[36] Ein weiterer Besucher aus dem neonazistischen Milieu, den Wilko Möller mit Handschlag begrüßte, war Rocco Kilz.

Der rechtspopulistische Politikstil und die Nähe zwischen der Frankfurter AfD und organisierten Neonazis macht deutlich, wo die AfD politisch einzuordnen ist. Da helfen auch ihre wiederholten Beteuerungen der politischen Unabhängigkeit nichts. Durch ihr Auftreten, ihre persönlichen Kontakte sowie ihre politischen Forderungen ist die AfD ein Sammelbecken für Anhänger*innen des rechten Spektrums.

Ziele einer rechtspopulistischen Partei

Ihr unideologisches Image ist gefährlich, verdeckt es doch den Blick auf die tatsächlichen Inhalte der Partei. Und die sind beileibe nicht unideologisch, sondern haben einen rechtspopulistischen, sozialchauvinistischen und zuweilen undemokratischen Charakter.[37] Die strukturelle Benachteiligung von “leistungsschwachen” Menschen etwa durch die Bindung von Wahlberechtigung an die gezahlten Steuern (Zensuswahlrecht)[38] unterhöhlt die Demokratie. Die Sehnsucht nach einer zentralen politischen Autorität, einem Entscheider, die von oben nach unter durchregieren kann, anstatt im demokratischen Diskurs und Aushandlungsprozess mit anderen Parteien und Interessensgruppen Entscheidungen zu treffen, die den Ausgleich verschiedener Interessen zum Ziel hat, will die AfD Macht konsolidieren. Aus ihr spricht der Wunsch nach ein klein wenig Diktatur. Jene, die bereits gesellschaftliche Macht durch Wirtschaftskraft und Reichtum akkumuliert haben, sollen diese auch behalten und ausbauen. Ihr Reden von direkter Demokratie ist nur ein Deckmantel für den Abbau der Demokratie: Sie ist in der Ideologie der AfD lediglich Legitimation von Herrschaft. Demokratie kann aber viel mehr leisten: Mitbestimmung, Teilhabe und die Möglichkeit Aushandlungsprozesse mitzugestalten, sie kann Herrschaft begrenzen und die Menschen freier und selbstbestimmter leben lassen.[39]

Ein Großteil des Kommunalwahlprogramms der Frankfurter AfD ist schlichtweg von dem des Kreisverbandes Dahme-Spreewald, das wohl auf Norbert Kleinwächter vom 30.03.2014 09:00:00 zurückgeht, übernommen. Die für Frankfurt im Kommunalwahlprogramm aufgeführten Forderungen wirken zum Teil abwegig, überwiegend einfach lächerlich. Gut die Hälfte des Papiers bezieht sich auf landespolitische Forderungen, die kommunalpolitisch überhaupt nicht umgesetzt werden können. So wird sich beispielsweise über den Pannenflughafen BER[40] ausgelassen als auch für ein neues Familienwahlrecht[41] plädiert – beides Themen, die wohl kaum in der Stadtverordnetenversammlung eine Rolle spiele dürften.

Anstatt das Potential einer Grenzstadt zu erkennen, will die Partei in der polnische Nachbarstadt Slubice eine Konkurrentin, und nicht eine Partnerin sehen.[42] Damit leistet sie antipolnischen Resentiments in der Bevölkerung Vorschub anstatt diese abzubauen und im gemeinsamen Projekten neue Chancen für die Menschen zu beiden Seiten der Oder zu entwickeln.

Auch sicherheitspolitisch will die Partei sich auf Irrwege begeben, so will sie ALG-II-Empfänger*innen in bürgerwehrähnlichen Organisationen zwangsweise an der Aufrechterhaltung der Sicherheit beteiligen[43] oder vermehrt Gelder für die Beseitigung von Graffiti ausgeben.[44] Des weiteren gehören Forderungen nach einer höheren Zahl an Polizei- und Ordnungskräften zu den immer wiederkehrenden Forderungen, die darauf abzielen sollen, den Bürger*innen ein höheres Sicherheitsgefühl zu vermitteln. In Wirklichkeit sollen aber der AfD unliebsame Teile der Bevölkerung, wie etwa Asylbewerber*innen und Pol*innen öfter kontrolliert werden, wie ein Antrag der AfD bei der Hauptausschusssitzung am 08. September 2014 zeigte. Darin wird implizit gefordert, Menschen, die nicht der weißen Mehrheitsgesellschaft zuzuordnen sind, gezielt zu kontrollieren.[45] Das würde letztendlich „racial profiling“[46] per Dienstanweisung bedeuten. Mit ihrer „Law-and-Order-Rhetorik“ spielt die AfD mit Ängsten in der Bevölkerung, anstatt diese abzubauen.



Mut zur Wahrheit? Mit einem falsch wiedergegebenen Zitat Winston Churchhills diskreditiert die Frankfurter AfD das Engagement von Antifaschist*innen.
(Foto: pressedienst frankfurt (oder))

Die im Kommunalwahlprogramm vertretene Bildungspolitik ist konservativ, leistungsorientiert und unsozial. Sie will am dreigliedrigen Schulsystem festhalten und verweigert sich damit stur dem Trend hin zum gemeinsamen Lernen, wie es beispielsweise Gesamtschulen ermöglichen. Sie erteilt Inklusion[47] eine Absage. Im Kommunalwahlprogramm heißt es: „Das gemeinsame Lernen von lernbehinderten Kindern bzw. lernbehinderten und im Sozialverhalten gestörten mit nicht behinderten Kindern ist für beide Gruppen von Nachteil.“[48] Da widersprechen der Partei namenhafte Studien. In einer Publikation mit dem Titel „Gemeinsam lernen. Inklusion leben. - Status Quo und Herausforderungen inklusiver Bildung in Deutschland“, die im Auftrag der Bertelsmannstiftung von Prof. em. Dr. Klaus Klemm erarbeitet wurde, heißt es dagegen: „Studien [zeigen], dass Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf – zumindest im Schwerpunkt Lernen–bei inklusiver Unterrichtung deutlich bessere Lernergebnisse erzielen. Auch die Kinder und Jugendlichen ohne Förderbedarf profitieren nachweislich vom gemeinsamen Unterricht –sie können soziale Kompetenzen und Toleranz im täglichen Alltag einüben, ohne in ihren fachbezogenen Schulleistungen nachzulassen.“[49]

Dass sich die AfD nur an Leistung bzw. Leistungsfähigkeit orientiert, zeigt sich auch in anderen Politikbereichen. Sie steht für eine wirtschaftsnahe Politik.[50] Ihre Losung ist: „Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut“ - eine Behauptung, die durch mehr als 300 Jahre Kapitalismus widerlegt sein sollte.

Facebook als Hetz-Plattform

Schaut man auf die Facebook-Seite des AfD-Stadtverbands,[51] scheint man beim ersten Blick zu denken, es handele sich um ein rechtspopulistisches Nachrichtenportal. Viele Beiträge sind Verlinkungen zu Artikeln, die sich entweder mit der AfD beschäftigen oder mit ihren Themen, allen voran („Ausländer“-)Kriminalität sowie Zuwanderung. Aber auch von Diffamierungen politisch Andersdenkender, der sie sich vermeintlich immer selbst ausgesetzt fühlt, wird nicht zurückgeschreckt. Besonders abgesehen wurde es dabei aber auf den Frankfurter Landtagsabgeordneten der LINKEN, René Wilke. Immer wieder wurde er auf Facebook angefeindet und beleidigt. Seine selbst gesetzten politischen Ziele für die Wahl zum Brandenburger Landtag wurden immer wieder aufgegriffen und versucht, ins Gegenteil zu verkehren.[52] Stets wurde er für alles, was der AfD nicht passte, verantwortlich gemacht. So wurde er als Drahtzieher von antifaschistischen Gegenprotest, z. B. am 6. September bei einer AfD-Kundgebung in Frankfurt,[53] sowie Zerstörungen von Wahlplakaten ausgemacht.[54] Entsprechende Beiträge werden dabei immer wieder von der Seite entfernt. Auch zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen waren immer wieder Ziel der Attacken des Frankfurter Ablegers der AfD. Dabei waren die entsprechenden Beiträge nie von Sachlichkeit, sondern vielmehr von kruden Verschwörungstheorien und Verbalradikalismus geprägt.[55] Während die Partei auf der einen Seite fordert, das Ehrenamt zu stärken,[56] diffamierte sie auf der anderen Seite den Verein Utopia, der anerkannter Träger der Jugend- und Sozialarbeit ist, als Vereinigung gewaltbereiter

„Linksextremisten“.[57]

Auch die Kommentare unter den Beiträgen geben Aufschluss über die Ansichten der Partei. Der Frankfurter Neonazi Peer Koss (Facebook-Name: Peer Ko) rief unter einem Beitrag dazu auf, gewalttätig gegen Andersdenkende und Migranten vorzugehen.[58] Die AfD sprach sich in ihrer Reaktion auf den Beitrag zwar gegen Gewalt aus, regte stattdessen aber Demonstrationen an, die sie unterstützen würde. Insgesamt wirkt die Facebookseite des Frankfurter Stadtverbands auf keinem Fall wie ein Auftritt einer seriösen Partei, sondern eher wie eine Plattform für rassistische Äußerungen und Diffamierungen und eine Kollektion rechtspopulistischer Berichterstattung.

Fazit

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass sich hinter dem vermeintlich unidelogischen Auftritt der AfD eine rechtspopulistische Partei verbirgt. In ihrem national konservativem bis nationalistischem Weltbild ist sie sich auch für rassistische Ressentiments nicht zu schade. Sie hat keine Berührungsängste mit der extrem Rechten. Nein, sie rekrutiert teilweise sogar ihre Mitglieder und Funktionäre aus diesem Spektrum. Sie steht für eine Politik, die nicht das Wohl Aller und den sozialen Ausgleich und erst recht nicht mehr Demokratie im Sinn hat. Vielmehr zeugt ihr Erfolg von einem Wunsch – insbesondere der wirtschaftlich Mächtigen – nach einem klein bisschen Diktatur. Genau deshalb werden wir auch in Zukunft die AfD als das benennen, was sie ist: Eine Partei, die gefährlich ist für eine demokratische Gesellschaft.

---

1) „Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)“, Beitrag von Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder) vom 10.09.2014 https://www.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523?fref=ts (eingesehen am 19.10.2014).

2) Vgl. AfD Brandenburg, http://www.afd-brandenburg.de/stadtverband-frankfurt-o-gegruendet/ (eingesehen am 10.10.2014).

3) „Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)“, https://www.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523?fref=ts (eingesehen am 14.11.2014).

4) Vgl. „Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)“, Beiträge von Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder) vom 10.09.2014 und 11.09.2014, https://www.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523?fref=ts (eingesehen am 19.10.2014).

5) Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Europawahl in Brandenburg am 25. Mai 2014, Stimmen in Frankfurt (Oder), Stadt, https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/EU2014/ergebnis/ergebwk51.asp?sel1=3355&sel2=0664&gebiet=53 (eingesehen am 10.10.2014).

6) Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Wahlen der Kreistage der Landkreise und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte am 25.05.2014 im Land Brandenburg, Frankfurt (Oder), Stadt, https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2014/ergebnis/ergebwk51.asp?sel1=4350&sel2=0664&gebiet=53 (eingesehen am 10.10.2014).

7) Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg, Wahlkreis 35 – Frankfurt (Oder), https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis/dyndaten/E_LT14_TabWkr35_Tabkern.asp?sel1=1253&sel2=0669&gebiet=35 (eingesehen am 10.10.2014).

8) Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Landtagswahl am 14.09.2014 im Land Brandenburg, Wahlkreis 29 – Oder-Spree II, https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis/dyndaten/E_LT14_TabWkr29_Tabkern.asp?sel1=1253&sel2=0669&gebiet=29 (eingesehen am 10.10.2014).

9) Vgl. “Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)”, Beitrag von Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder) vom 17.09.2014 um 02:10: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am17.09.2014).

10) So bei der Debatte in der Hauptausschusssitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 25.08.2014.

11) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Hauptausschutzsitzung vom 25.08.2014“.

12) Vgl. ZDF heute journal 09.09.2014.

13) Die Extremismustheorie nimmt eine Gesellschaftsordnung gleich einem Hufeisenmodell an. Die äußeren Enden sind gemäß der Theorie „rechtsextrem“ bzw. „linksextrem“. Die Mitte des Hufeisens, „die politische Mitte“, macht jene aus, die nach der freiheitlichen demokratischen Grundordnung handeln und denken. Die Problematik der Extremismustheorie liegt in der Gleichstellung von links und rechts und die Vereinfachung von dem, was als abweichend bzw. nicht normal bewertet wird.

14) “Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)”, Beitrag von Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder) vom 11.09.2014: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-für-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523%22 (eingesehen am 18.10.2014).

15) Am 18.08.2014 veranstaltete die AfD eine Informationsveranstaltung zum Thema „Grenzkriminalität“, die damit warb, dass Bürger*innen mit der Polizei darüber ins Gespräch kommen können. Die Polizei war laut Veranstaltungsankündigung repräsentiert durch die beiden AfD-Mitglieder „F. Nickel (Landespolizist)“ und „W. Möller (Bundespolizist)“, die in ihrer Doppelfunktion für die AfD warben. Dies ist durch das Beamtenstatusgesetz untersagt, Vgl. dbb beamtenbund und tarifunion, Beamte und Politik, http://www.dbb.de/themen/beamte/beamte-und-politik.html (eingesehen am 10.10.2014).

16) Vgl. Sidney Gennies, Recht populär: Wie die AfD in Brandenburg um Wähler kämpft, Der Tagesspiegel, 10.09.2014, http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/mit-spitzenkandidat-alexander-gauland-gauland-es-gibt-einfach-buerger-fremder-staaten-die-nicht-zu-uns-gehoeren-/10677236-2.html (eingesehen am 10.10.2014).

17) Vgl. bspw. Hans-Joachim Lütkehaus, Prozess gegen Schlägertrio gestartet, MOZ, 05.04.2001 sowie fin, Angeklagte und Hund sind auf freiem Fuß, Oderlandspiegel, 29.04.2001.

18) Vgl. „Michael Korth“, Freundesliste, https://www.facebook.com/michael.korth.92/friends (eingesehen am 18.10.2014) und „Michael Korth“, Beitrag von Michael Korth vom 29.12.2013, https://www.facebook.com/photo.php?fbid=621239294604243&set=pb.100001545334042.-2207520000.1413645258.&type=3&theater (eingesehen am 18.10.2014).

19) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Wer war nochmal… Rocco Kilz?“, in: „recherche output #4“, 2008, in dieser Ausgabe.

20) Vgl. „Michael Korth“, Beitrag von Michael Korth vom 25.05.2014, https://www.facebook.com/photo.php?fbid=692624377465734&set=pb.100001545334042.-2207520000.1413645248.&type=3&theater (eingesehen am 18.10.2014) und Internetwache Brandenburg, Veranstaltung ruft Polizei auf den Plan, 15.07.2013, http://www.internetwache.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=11619755 (eingesehen am 10.10.2014).

21) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Bürgerbewegung agiert am rechten Rand“, in: Wahlinfo #1. 2008.

22) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Verstärkte NPD-Aktivitäten münden in Stadtverbandsgründung“, in: „recherche output #2“, 2007.

23) Alternative für Deutschland, Bundessatzung, 14.04.2013, https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Satzung_1-Bundessatzung.pdf (eingesehen am 10.10.2014).

24) Vgl. Störungsmelder, Aktivisten mit Neonazi-Hintergrund in der Sachsen-AfD, ZEIT online, 09.09.2014, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/09/09/aktivisten-mit-neonazi-hintergrund-in-der-sachsen-afd_16971 (eingesehen am 10.10.2014).

25) Vgl. André Wirsing, AfD-Politiker unter Nazi-Verdacht, Märkische Allgemeine Zeitung, 10.09.2014, http://www.maz-online.de/Lokales/Brandenburg-Havel/AfD-Politiker-unter-Nazi-Verdacht (eingesehen am 10.10.2014).

26) Vgl. Timo Brücken, Rechte Jugendbewegung “Identitäre”: Flashmob der Islamhasser, Spiegel online, 01.02.2013, http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextreme-islamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html (eingesehen am 10.10.2014).

27) Vgl. rbb aktuell 07.09.2014: Wer ist die Brandenburger AfD?, http://www.youtube.com/watch?v=PM4ejh3c__g, Minute 4:49 (eingesehen am 10.10.2014).

28) Der „Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland“ war eine zwischen 1994 und 2000 existierenden rechtspopulistische Kleinpartei. Sie hatte sich in Reaktion auf die Ratifizierung des „Vertrags von Maastricht“ und der mit ihr verbundenen Gründung der EU gegründet. Sie befürchtete den Verlust der nationalen Souveränität und verband damit einen Abbau von Demokratie.

29) Vgl. rbb aktuell 07.09.2014: Wer ist die Brandenburger AfD?, http://www.youtube.com/watch?v=PM4ejh3c__g, Minute 4:29 (eingesehen am 10.10.2014).

30) „Munterer Streit zum Regierungsantritt“, Märkische Allgemeine Zeitung, 19.11.2014, http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburg-Regierungserklaerung-von-Ministerpraesident-Dietmar-Woidke (eingesehen am 30.11.2014).

31) Vgl. http://www.afd-brandenburg.de/diskussion-zur-grenzkriminalitaet/ (eingesehen am 30.11.2014).

32) http://www.pi-news.net/ (eingesehen am 28.11.2014).

33) Vgl. Alexander Gauland, Neues Gleichgewicht, Junge Freiheit, 16.08.2014, http://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2014/neues-gleichgewicht/ (eingesehen am 10.10.2014).

34) Vgl. Christian Bommarius, Alexander Gauland: Die konservative Alternative, Berliner Zeitung, 17.09.2014, http://www.berliner-zeitung.de/kultur/alexander-gauland-die-konservative-alternative,10809150,28438376.html (eingesehen am 10.10.2014).

35) Thomas Gutke, AfD will weniger Kooperation mit Polen, Märkische Oderzeitung, 27.05.2014, http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1283645 (eingesehen am 10.10.2014).

36) Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Verstärkte NPD-Aktivitäten münden in Stadtverbandsgründung“, in: „recherche output #2“, 2007.

37) Vgl. Andreas Kemper, Noch einmal zur Demokratiefeindlichkeit der AfD, 04.09.2013, https://andreaskemper.wordpress.com/2013/09/04/noch-einmal-zur-demokratiefeindlichkeit-der-afd/ und Oliver Cruzcampo, Die AfD - rechtspopulistisch und demokratiefeindlich?, 18.10.2013, http://www.endstation-rechts.de/news/artikel/die-afd-rechtspopulistisch-und-demokratiefeindlich.html (eingesehen am 14.11.2014).

38) Vgl. Andreas Kemper, Zur Demokratiefeindlichkeit der AfD, Der Freitag, 16.04.2013, https://www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/zur-demokratiefeindlichkeit-der-afd (eingesehen am 10.10.2014).

39) Vgl. Thomas Wagner, Demokratie als Mogelpackung – Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus, 2011, S. 16 ff.

40) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 1 (eingesehen am 20.05.2014).

41) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 1 (eingesehen am 20.05.2014).

42) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 4 (eingesehen am 20.05.2014).

43) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 7 (eingesehen am 20.05.2014).

44) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 3 (eingesehen am 20.05.2014).

45) Vgl. Haupt-, Finanz- und Ordnungsausschuss der Stadt Frankfurt (Oder), Vorlage – 14/ANT/0119, 08.09.2014, https://www.sitzungsdienst-frankfurt-oder.de/tbi/vo020.asp?VOLFDNR=2331&options=4 (eingesehen am 10.10.2014).

46) Handeln von bspw. Sicherheitskräften oder Polizist*innen, dass auf Kriterien wie der vermeintlichen Herkunft beruht, nennt sich racial profiling. Kontrolleur*innen, die nur People of Color nach ihrer Fahrkarte fragen, Ladendetektiv*innen, die People of Color des Diebstahls bezichtigen oder Polizist*innen, die gezielt Ausweiskontrollen von People of Color machen, sind nur wenige Beispiele des Alltagsrassismus, dem People of Color begegnen. „People of Color“ ist ein politischer Begriff, für jene Menschen die als nicht-weiß gelesen werden. Die Kategorien „white“ und „of color“ werden genutzt, um bsp. Menschen die nicht weiter beschrieben werden, oftmals weiße Menschen, ebenfalls zu markieren: nämlich mit dem Begriff „white/weiß“

47) Inklusion meint die Idee, dass jeder Mensch in seiner Individualität Teil der Gesellschaft ist und an ihr teilhaben kann. Im Gegensatz zur Integration, welche die Anpassung der Individuen an eine Norm anvisiert, will die Inklusion Inklusion die Gleichwertigkeit, ohne dass dabei eine sogenannte Normalität vorausgesetzt wird.

48) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 4 (eingesehen am 20.05.2014).

49) Vgl. Prof. em. Dr. Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gemeinsam lernen. Inklusion leben, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32811_32812_2.pdf, S. 6 (eingesehen am 15.11.2014).

50) Vgl. David Bebnowski, AfD – Von wegen Volkspartei, Die Zeit, 27.05.2014, http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/afd-europwahl-mitte-deutschlands (eingesehen am 15.11.2014).

51) Vgl. Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt/Oder, https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-für-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523%22 (eingesehen am 15.11.2014).

52) Vgl. Wilko Möller, Offener Brief an Rene Wilke, Betrag vom 11.09.2014, „Alternative für Deutschland Statverband Frankfurt (Oder)“, 11.09.2014 (eingesehen am 11.09.2014).

53) Vgl. Inforiot, Rechte Wahlkämpfe auf der linken Oderseite, 10.09.2014, http://www.inforiot.de/rechte-wahlkaempfe-auf-der-linken-oderseite/ (eingesehen am 10.10.2014).

54) Vgl. Wilko Möller, Offener Brief an Herrn Rene Wilke Direktkandidat der Linken in Frankfurt (Oder) verschickt am 11.09.2014, Beitrag vom 11.09.2014, https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-für-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523%22 (eingesehen am 11.09.2014).

55) Wilko Möller wirft René Wilke vor, „Drahtzieher“ der Gegenproteste gegen den Auftritt Bernd Luckes am 06.09.2014 auf dem Frankfurter Marktplatz gewesen zu sein. „Besonders perfide finde ich, dass Sie und Ihre Partei für den Straßenkampf Jugendliche rekrutieren, weil Sie und Ihre Parteigenossen sich die Hände nicht schmutzig machen wollen.“ in: Wilko Möller, Offener Brief an Rene Wilke, Beitrag vom 11.09.2014, https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-für-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523%22 (eingesehen am 11.09.2014).

56) Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder), Politik für Frankfurt (Oder) Wahlprogramm zur Kommunalwahl in Frankfurt (Oder) 2014, S. 4 (eingesehen am 20.05.2014).

57) Vgl. Wilko Möller, Offener Brief an Wilko Möller, Beitrag vom 17.09.2014, https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-für-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523%22 (eingesehen am 17.09.2014).

58) Vgl. “Alternative für Deutschland Stadtverband Frankfurt (Oder)”, Beitrag von Peer Koss vom 26.08.2014 um 02:42: https://de-de.facebook.com/pages/Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Stadtverband-Frankfurt-Oder/1498905283665523 (eingesehen am 31.08.2014).

HoGeSa mit Brandenburger Beteiligung

„Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa), ein Zusammenschluß extrem rechter und islamfeindlicher Aktivist*innen, vor allem aus dem gewaltbereiten Hooligan-Umfeld beherrschen seit einiger Zeit die Schlagzeilen in Deutschland. Ursprünglich aus der Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich’s noch trauen“, in welchem Hooligans antimuslimische Aktionen planten, hervorgegangen und angelehnt an das englische Vorbild der „English Defence League“[1] organisierte sich die Gruppe HoGeSa vordergründig im Internet.[2] Auch Neonazis aus Frankfurt (Oder) beteiligen sich überregional an der neuen Aktionsform der Rechten.

Als Höhepunkt von HoGeSa gilt die Großdemo und die damit verbundenen Ausschreitungen am 26.10.2014 in Köln unter dem Motto „Europa gegen den Terror des Islamismus“. Nach anfänglich kleineren Kundgebungen und Störaktionen gegen radikalislamistische Veranstaltungen mit nur wenigen Teilnehmenden nahmen hier bis zu 4.000 Menschen teil, die mit rechtsradikalen und antimuslimischen Sprechchören und extremer Gewalt ihren Hass auf die Straße trugen. Am 15.11.2014 folgte eine Demonstration in Hannover, die durch antifaschistische Intervention nicht dasselbe erschreckende Ausmaß der Vorgängerdemo in Köln erringen konnte.[3]
Nach Köln verschlug es auch einige Frankfurter Neonazis. So waren neben Peer Koss und Brian Dachwitz[4] auch weitere Frankfurter Neonazis, vermutlich aus dem Umfeld der FCV-Hooligans, in Köln.[5]

Neben den beiden Großdemos versuchten Hooligans aus dem HoGeSa-Umfeld außerdem am 15.11.2014 eine Demonstration unter dem gleichen Motto in Berlin[6] anzumelden. Allerdings scheiterte die Anmeldung[7] seitens der HoGeSa und eine Gruppe rund um den Berliner Fussball Club Dynamo (BFC) meldete eine Demonstration für den 9. November am Alexanderplatz an.[8] Diese wurde erneut kurz vor Beginn abgesagt. Trotzdem fanden sich etwa 20 Neonazis[9] vor Ort ein. Unter ihnen befanden sich der brandenburger JN-Vorsitzende Pierre Dornbach sowie die JN-Aktivisten[10] Alexander Kevin Pieper, Eric Lademann, Marc Michalski, aber auch Aileen Rohkohl aus dem brandenburger Landesvorstand der NPD und der Berliner NPD-Chef Sebastian Schmidtke.[11]



Auf Konfrontationskurs: Alexander Kevin Pieper aus Fürstenwalde versuchte im Anschluß an einen abgesagten Aufmarsch erneut Antifaschist*innen anzugreifen. Wenig später wurde er festgenommen. (Foto: pm cheung).

Auch in Frankfurt (Oder) sollte ein Ableger der HoGeSa stattfinden. Peer Koss mobilisierte für den 01.11.2014 für eine Demonstration, die sich gegen angeblichen „Asylmissbrauch” wenden sollte.[12] Dem Motto „Schluss mit Asyl in Frankfurt (Oder)“ schlossen sich virtuell 15 Personen an und weitere 44 Personen haben den Inhalt auf ihren eigenen Seiten geteilt.[13] Die Demonstration war allerdings nicht angemeldet und das antifaschistische Bündnis „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)“ intervenierte am selbigen Tag mit eigenen angemeldeten Kundgebungen, die von mehr als 50 Antifaschist*innen besucht wurden.[14] Für Peer Koss war dies der zweite vergebliche Versuch einer Mobilisierung in Frankfurt (Oder). Bereits am 26.08.2014[15] wollte er einen Aufmarsch als Reaktion auf eine am gleichen Tag stattfindende Flüchtlingsdemonstration organisieren, doch nur wenige folgten seinem Aufruf. Die Polizei unterband schlussendlich die rechte Gegendemo.
Peer Koss besuchte laut eigener Aussage nach der HoGeSa-Demonstration in Köln, ebenfalls den Ableger in Hannover[16].

HoGeSa und ihre Affinität zu Gewalt gepaart mit ihrem rassistisch nationalistisch bis völkischem Weltbild scheint für viele Brandenburger bzw. Frankfurter Nazis eine hohe Anziehungskraft zu haben. Hier ist der Traum von der Macht, diejenigen zu unterdrücken, die nicht ins menschenverachtende Weltbild passen, zum Greifen nah. Hier müssen wir wachsam sein und konsequent auf diese Formen von Neonaziagitation reagieren.

1) Die „English Defence League“ entstand 2009 aus der Hooligan-Szene in Großbritannien und hat Verbindungen zur rechtspopulistischen UK Independence Party (UKIP) und zur neofaschistischen British National Party (BNP). Sie betreibt islamfeindliche und rassistische Hetzte unter dem Vorwand die Ausbreitung von fundamentalistischem Islamismus verhindern zu wollen.
2) Vgl. „Patriotisches Menschenmaterial“. In: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 103, Sommer 2014 , S. 16-20.
3) Vgl. Andreas Speit, taz, Hannover wehrt sich gegen Hooligans, http://www.taz.de/Gegendemo-zu-HoGeSa/!149610/ (eingesehen am 25.11.2015).
4) Vgl. „Peer Koss“, Beitrag von Peer Koss vom 25.10.2014 und 28.10, https://www.facebook.com/peer.koss (eingesehen am 25.11.2014).
5) Vgl. Olaf Sundermeyer, Allianz der Gewalt, taz, 27.10.2014, http://www.taz.de/!148449/ (eingesehen am 25.11.2014).
6) Vgl. Redaktion, Die Zeit, Hooligans melden Demos in Berlin und Hamburg an, 28.10.2014, http://www.zeit.de/politik/2014-10/islamischer-staat-salafisten-rechtsextremismus-hooligans-gewalt-ausweitung-verfassungsschutz (eingesehen am 25.11.2014).
7) Vgl. Michael Schmidt, HoGeSa-Demonstration in Berlin fällt aus Hooligan zur Polizei: “Ich habe keine Demo in Berlin angemeldet”, Tagesspiegel, 01.11.2014, http://www.tagesspiegel.de/berlin/hogesa-demonstration-in-berlin-faellt-aus-hooligan-zur-polizei-ich-habe-keine-demo-in-berlin-angemeldet/10920498.html (eingesehen am 25.11.2014).
8) Vgl. Theo Schneider, Jetzt doch: Rechter Aufmarsch von Hooligans am Sonntag in Berlin, Die Zeit Störungsmelder, 07.11.2014, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2014/11/07/jetzt-doch-rechter-aufmarsch-von-hooligans-am-sonntag-in-berlin_17489 (eingesehen am 26.11.2014).
9) Vgl. Redaktion, Rechte demonstrieren am Alex und am Reichstag, Neues Deutschland, 09.11.2014, http://www.neues-deutschland.de/artikel/951820.rechte-demonstrieren-am-alex-und-am-reichstag.html.
10) Wir berichteten bereits in der Vergangenheit über die Aktivitäten der JN-Brandenburg und ihrer Mitglieder. Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (oder): „Der NPD-Kreisverband Oderland im Spagat zwischen Bürgernähe und Radikalität“, in: „recherche output #6“, aktualisierte Ausgabe 2014 und http://recherchegruppe.wordpress.com/2014/05/21/die-npd-am-1-mai-in-brandenburg-gewaltbereit-in-den-wahlkampf/.
11) Vgl. Vice News, Antifa vs. HoGeSa: Jagd auf Nazi-Hools, 09.11.2014, ab Minute 1:20, http://www.vice.com/de/video/antifa-vs-hogesa-berlin-738.
12) Vgl. „Peer Koss“, Beitrag von Peer Koss vom 28.10.2014 um 19:05,https://www.facebook.com/peer.koss, (eingesehen am 25.11.2014).
13) Vgl. ebenda.
14) Vgl. http://web621.mis06.de/kofn/2014/10/30/willkommenskultur-statt-rassismus/ (eingesehen am 25.11.2014).
15) Vgl. „Peer Ko“, Beitrag von Peer Ko vom 26.08.2014: https://www.facebook.com/peer.koss. (eingesehen am 18.10.2014).
16) Vgl. „Peer Koss“, Beitrag von Peer Koss am 6.11. 2014 um 11:26, https://www.facebook.com/peer.koss (eingesehen am 25.11.2014).

Wer war nochmal ... ?

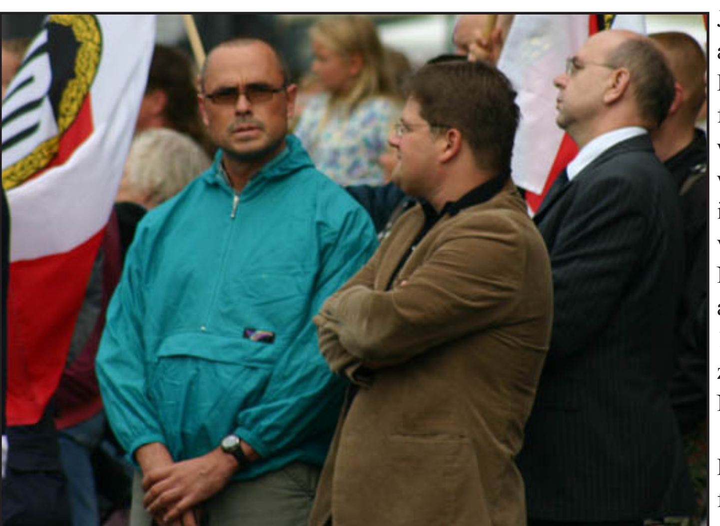
Im Schatten der AfD Frankfurt (Oder) treibt ein bereits langjährig aktiver Neonazi sein Unwesen. Bereits im Recherche Output #4 (Sommer 2008) berichteten wir über Rocco Kilz in dieser Rubrik. Aus aktuellem Anlass wollen wir hier erneut unseren Blick auf ihn werfen und veröffentlichen an dieser Stelle eine aktualisierte Version des damaligen Artikels über den zwielichtigen Neonazi-Kader und jetzigen AfD-Unterstützer.

Der im Sommer 1972 geborene, gelernte Forstwirt gehörte Ende der 1990er Jahre der Frankfurter Neonaziszene um Jörg Hähnel[1] an. Rocco Kilz trat in die NPD ein und kandidierte 2003 bei den brandenburgischen Kommunalwahlen im Wahlkreis 4 (Landkreis Oder-Spree). Nur um wenige Stimmen verpasste er den Einzug in den dortigen Kreistag.[2]

Nach der Wahl-Niederlage übernahm Rocco Kilz ab 2004 Ordnerfunktionen innerhalb der Partei. Wiederholt beteiligte er sich bei verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen der NPD im Ordnerdienst, so zum Beispiel am 13. Juni 2004 bei der NPD-Demonstration gegen die EU-Osterweiterung im brandenburgischen Eisenhüttenstadt. Im Sommer 2004 ging Rocco Kilz nach Dresden, um dort als Personenschützer für die sächsische NPD-Landtagsfraktion tätig zu sein. Bei öffentlichen Auftritten konnte er mehrfach als persönlicher Bodyguard des damaligen Fraktionsvorsitzenden und Bundesvorstandsmitglieds Holger Apfel beobachtet werden. Ebenso wie Jörg Hähnel war Rocco Kilz auch in der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) aktiv. Die HDJ galt bis zu ihrem Verbot im März 2009[3] als eine der Nachfolgeorganisationen der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend“ und richtete sich vor allem an Familien und Jugendliche. Ihre Ausrichtung und Programmatik war dabei beseelt vom Geiste der nationalsozialistischen HJ. Die Prinzipien der HDJ lauteten „Kameradschaft, Treue, Mut, Ehre, Aufrichtigkeit, Disziplin und Ehrlichkeit“,[4] als Ziel wurde proklamiert den „Gedanken der Volksgemeinschaft (...) im Kleinen“[5] vorzuleben. Als sich die HDJ am 4. November 2006 mit über 200 Teilnehmenden im brandenburgischen Blankenfelde traf, war Rocco Kilz an einem gezielten Angriff mehrerer Neonazis auf die Journalistin Andrea Röpke beteiligt.[6]

Röpke, die seit vielen Jahren intensiv in der Neonaziszene recherchiert, wollte über das Treffen der HDJ in Blankenfelde berichten. Als sie am Rande der Veranstaltung erkannt wurde, wurde sie von den Neonazis bis in einen Supermarkt verfolgt. Dort wurden sie vom damaligen HDJ-Führer Sebastian Räbiger sowie Friedrich Tinz körperlich angegangen, zu Boden gestoßen und mit Fäusten ins Gesicht geschlagen.[7] Zuminderst zu den Verfolgern Röpkes gehörte auch Rocco Kilz.[8]

Rocco Kilz kehrte in die Oderstadt zurück. Er ist hier weiter politisch aktiv. Schon am 27. Januar 2007 konnte er als Teilnehmer der NPD-Demonstration in Frankfurt (Oder) festgestellt werden. Danach war es wieder lange ruhig um ihn geblieben. Am Rande von Gegenprotesten von NPD-Demonstrationen am 23.03.2012 sowie am 10.11.2012 wurde er aber zusammen mit anderen Neonazis gesichtet.[9]



Rocco Kilz (in türkis) als Personenschützer des ehemaligen NPD-Fraktionsvorsitzenden in Sachsen Holger Apfel (Mitte) zusammen mit damaligen NPD-Vize Peter Marx (rechts) am 15. August 2005 auf einer Kundgebung in Dresden.

Mit Gründung des Frankfurter Stadtverbands der rechtspopulistischen „Alternative für Deutschland“ (AfD) scheint er eine neue politische Heimat gefunden zu haben.[10] Des öfteren wurde er bei AfD-Wahlkampfveranstaltungen, wie zuletzt am 06.09.2014 auf dem Frankfurter Marktplatz gesehen. Probleme mit seiner Vergangenheit scheint die Partei nicht zu haben. Selbiges scheint auch auf den früheren NPD-Kader Roland Weiß zuzutreffen.

1) Jörg Hähnel hatte von 1998 bis Ende 2002 einen Sitz für die NPD in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt (Oder). Er war zu dieser Zeit die zentrale Figur der Neonaziszene in der Stadt. 2001 zog Hähnel nach Berlin und organisierte sich dort im Kreisverband Berlin-Pankow. Seit 2000 ist er auch im NPD-Bundesvorstand und dort mittlerweile Leiter des „Amts für Öffentlichkeitsarbeit“.
2) Vgl. „Schlug Bodyguard von Apfel zu?“, NiP Sachsen, 08.11.2006, http://nip.systemli.org/Article214.html (eingesehen am 27.11.2014).
3) Vgl. Pressemitteilung Bundesministerium des Innern „BMI verbietet rechtsextremistische HDJ“, Bundesinnenministerium, 31.03.2009, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/mitMarginalspalte/03/verbot_hdj.html (eingesehen am 27.11.2014).
4) HDJ e.V.: „Wir über uns“, o. J., zitiert nach: Björn Falter: „Volksgemeinschaft im Kleinen“, in: monitor Nr. 9, März 2003, S.5.
5) Ebenda.
6) Vgl. „Schlug Bodyguard von Apfel zu?“, NiP Sachsen, 08.11.2006, http://nip.systemli.org/Article214.html (eingesehen am 27.11.2014).
7) Vgl. Andreas Speit: „Prügel im Supermarkt“, taz, 12.12.2008, https://www.taz.de/!27319/ (eingesehen am 27.11.2014).
8) Vgl. „Schlug Bodyguard von Apfel zu?“, NiP Sachsen, 08.11.2006, http://nip.systemli.org/Article214.html (eingesehen am 27.11.2014).
9) Vgl. Vgl. antifaschistische recherchegruppe frankfurt (Oder), „Das Kleeblatt ist verdorrt“, 20.11.2012, https://recherchegruppe.wordpress.com/2012/11/20/das-kleeblatt-ist-verdorrt/.
10) Vgl. „Die Frankfurter AfD und ihre Verstrickungen in den braunen Sumpf“, Artikel in dieser Ausgabe.

AfD Watch - das neue online-Projekt der antifaschistischen recherchgruppe frankfurt (oder)



Am 21. August 2014 trafen sich zum ersten Mal die neu gewählten Vertreter*innen der Parteien in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Unter ihnen sind auch zum ersten Mal fünf AfD-Abgeordnete.

Das neue Projekt der antifaschistischen recherchgruppe frankfurt (oder) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Aktivitäten der rechtspopulistischen AfD durch deren Vertreter*innen im Plenarsaal und auch darüber hinaus kritisch zu beobachten, zu dokumentieren und Berichte anderer Akteure zu bündeln.

http://recherchegruppe.wordpress.com/afd-watch/

Das *recherche output* erscheint unregelmäßig als Informationsblatt der antifaschistischen recherchegruppe frankfurt (Oder). Die Verbreitung und der Nachdruck des Blattes ist ausdrücklich erwünscht. Das *recherche output* ist über die Mailadresse recherche_ffo@riseup.net und unter http://recherchegruppe.wordpress.com zu erreichen. Informationen, Anfragen und Anregungen sind sehr willkommen.

V.i.S.d.P.: Claudia Trelsch, Baumschulenweg 48, 15236 Frankfurt (Oder)